PROTECT-IT

Ausgabe 50 | 2018 | protect-it.ch | facebook

FACHZEITSCHRIFT FÜR POLIZEI, ARMEE UND SICHERHEIT

WAFFENEXPORTBERICHT

Stehen die Kontrolleure der Waffenindustrie zu nah?

KLIMAWANDEL – WAS NUN?

Die Massnahmen der EU und der Schweiz im Vergleich

BUSSEN STEIGEN 2019!

Wirksame Bestrafung oder Aufbesserung der Staatskasse?

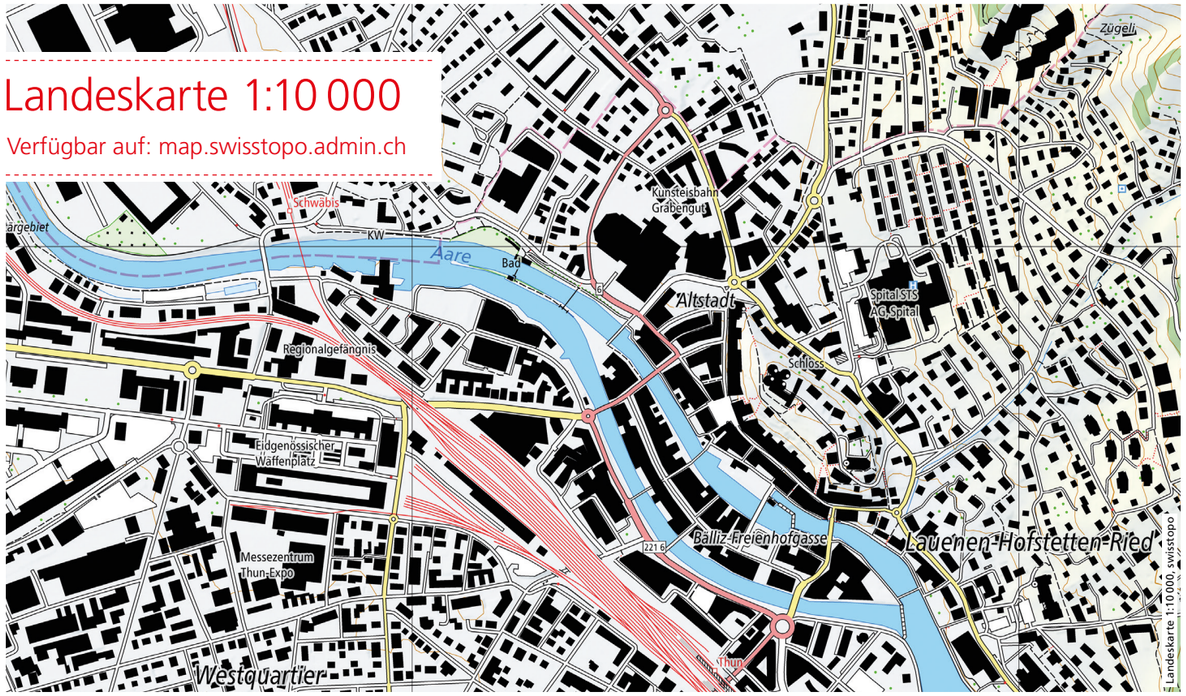
SICHER IM URLAUB

Terrorgefahr, Seuchen, Naturkatastrophen – wohin man heutzutage sicher reisen kann

GROSSER JAHRESRÜCKBLICK
Das passierte im Jahr 2018

KLIMAKONFERENZ IN POLEN
Erfolge und Fragezeichen

TREIBHAUSGAS-REKORD
Katastrophe zeichnet sich ab



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

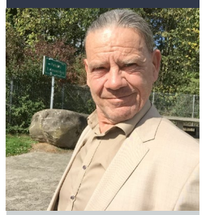
Bundesamt für Landestopografie swisstopo
www.swisstopo.ch

Weitere Infos: swisstopo.ch/lk10

Heldenstatus schon ab 75 Franken

Mit uns gegen das Böse kämpfen.
Werde Mitglied auf amnesty.ch

AMNESTY INTERNATIONAL



DER BLICK ÜBER DEN TELLERRAND

Einige Freunde von mir, gute, grossherzige Menschen, meine Familie und viele Spender, die jedes Jahr zwischen 20 und 500 Franken geben, unterstützen das Projekt AD – www.aide-help-hilfe.com – unserer «Stiftung mit Herz», die sich in Burkina Faso für bessere Lebensbedingungen von armen Menschen einsetzt. Dort sehe ich bei meinen jährlichen 3-4 Besuchen die Realität der «Entwicklungsländer» und die direkten Auswirkungen des Klimawandels.

Burkina Faso ist eines der ärmsten Länder der Welt. 64 Prozent der Bevölkerung hungern immer wieder. Die ohnehin kargen Böden werfen aufgrund des Klimawandels immer weniger ab. Aus dem Nachbarland Mali fliehen die Menschen vor Krieg und Terror über die Grenze – das verschärft die Situation noch mehr. Insbesondere die Sahel Region im Norden leidet extrem. Und gerade dort sind unsere Projekte angesiedelt. Unsere Arbeit ist auf die Ausbildung und Gesundheit ausgerichtet. Wir bieten in einer sehr sorgfältig geführten Berufsschule 3-jährige Ausbildungen für werdende Berufsfachleute an. Die Mädchen und Knaben kommen ausschliesslich aus den ärmsten Familien, die sich kein Schulgeld leisten könnten.

Und dort trifft die europäische wie auch schweizerische Denkweise, dass alles perfekt zu funktionieren hat, auf die harte Realität von Armut, die wir uns hier nicht vorstellen können. Nichts haben, heisst NICHTS haben, oder so wenig, dass sich alles darum dreht, ob man am nächsten Tag noch zu essen hat, dass eine kleine Krankheit alle Pläne kaputt macht, dass immer Geld fehlt, für alles und jedes, dass extreme Hitze, monatelang über 42 Grad im Schatten, Menschen und Tiere lähmt, dass Dürren oder extreme Gewitter alles niederbrennen oder -reissen, das Terrorattacken das ganze Land paralysieren, dass 4 Stromunterbrüche pro Tag die bereits schwache Wirtschaft ausbremsen und der immer schlimmer werdende Wassermangel die Menschen ängstigt. Hoffnung? Worauf? Immer noch zwingen andere Länder oder internationale Konzerne die lokalen Produzenten oder Händler mit harter Preispolitik in die Knie, verlangen Geldgeber extreme Zinsen, greifen fremde Mächte nach Bodenschätzen, Ernten und Land, verschliessen aber ihre Märkte mit Schutzzöllen oder bürokratischen Restriktionen.

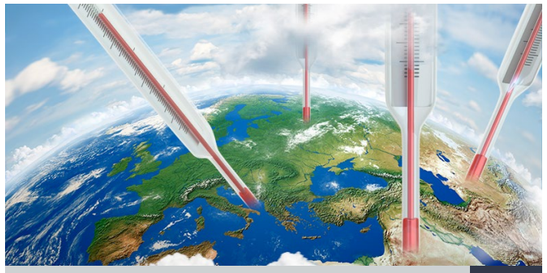
So scheint der Streit um die Hilfen gegen die Auswirkungen des Klimawandels für die ärmsten Länder der Welt zutiefst unangebracht, unmenschlich und macht die Menschen in diesen Ländern hoffnungslos. Dort hat die nun zum weltweiten Desaster führende Erderwärmung jedenfalls nicht ihren Ursprung…

Anton Wagner
Herausgeber protect-it

INHALTSVERZEICHNIS

GROSSER RÜCKBLICK AUFS JAHR 2018 — 6

März 2018: Über eine Million Menschen demonstrieren an 800 Orten in den USA mit dem «March for Our Lives» gegen die laschen Waffengesetze. Auch sonst war das Jahr 2018 ereignisreich, wir haben es zusammengefasst...



REKORD DER TREIBHAUSGASE — 24

Der weltweiten CO_2-Ausstoss hat einen neuen Rekord erreicht. Das viel zitierte Zwei-Grad-Ziel wird nicht reichen...

WAFFENEXPORTE GEHEIME ABSPRACHEN? — 28

Ein Bericht der Finanzkontrolle (EFK) wurde stark zensiert – was in den geschwärzten Passagen steht...

BUSSEN STEIGEN 2019 WEITER AN! — 32

Der Schweizerische Verkehrsregeln und Ordnungsbussenkatalog ist umfangreich – wer sich nicht daran hält, muss mitunter sehr tief ins Portemonnaie greifen. Stadtzürcher zahlen pro Kopf im Schnitt 152.- Fr. Warum es in Solothurn nur 6.- Fr. pro Kopf sind...

KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL — 34

Die Massnahmen der Europäischen Union (EU) und der Schweiz im direkten Vergleich – was kommt auf uns zu?

SICHER IM URLAUB — 38

Terrorgefahr, Seuchen, Naturkatastrophen – wohin man heutzutage sicher reisen kann. Und wohin auf gar keinen Fall...

KLIMAKONFERENZ IN POLEN — 42

Zähe Verhandlungen, herzzerreissende Appelle bedrohter Länder und ein umfassendes Regelwerk für den Kampf gegen den Klimawandel – ein Fazit der Klimakonferenz im polnischen Katowice.

INHALTSTHEMEN

GROSSER JAHRESRÜCKBLICK	6
TREIBHAUSGAS-REKORD	24
WAFFENEXPORTBERICHT	28
BUSSEN STEIGEN 2019	32
KLIMAWANDEL: EU UND SCHWEIZ	34
KRIEGE UND KONFLIKTE	38
SICHER IM URLAUB	39
KLIMAKONFERENZ IN POLEN	42
WAS SIND TREIBHAUSGASE?	45

IMPRESSUM

VERLAG:
protect-it GmbH
Schartenstrasse 26
5430 Wettingen

HERAUSGEBER:
Anton Wagner

LAYOUT:
kikcom AG

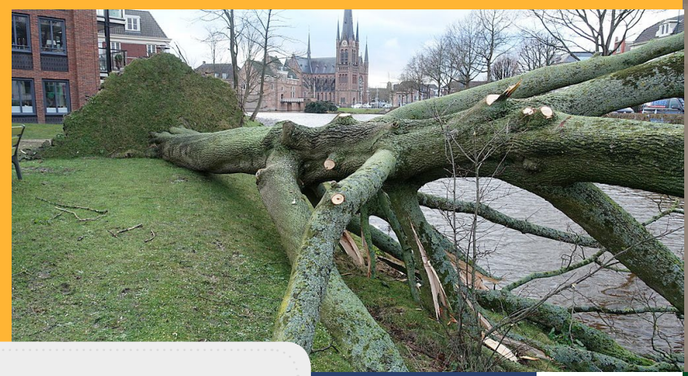
KONTAKT:
info@protect-it.ch
+41 (0)56 203 25 20

MITARBEIT AN DIESER AUSGABE (Text, Bild, Hintergrund):

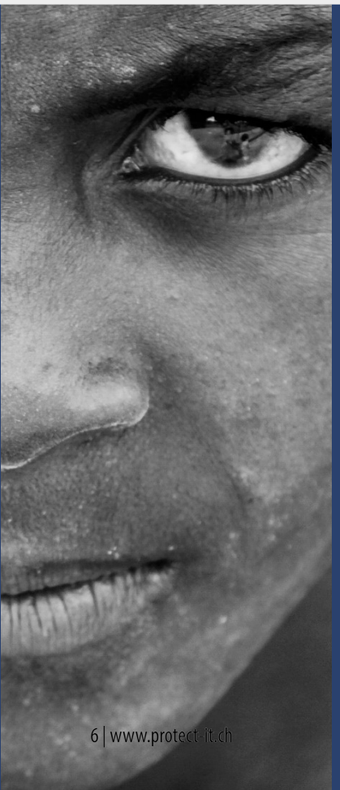
Franc Dewalt, oeffentlichkeitsgesetz.ch, François Mégève, Anton Wagner, Franco Martousche, Ernest A. Gillmore, protect-it Archiv

HINWEISE:
www.protect-it.ch

- 01.01: Alain Berset tritt turnusmässig das Amt des Schweizer Bundespräsidenten an.
- 01.01: In Kalifornien wird der Verkauf von Marihuana in lizenzierten Läden legalisiert.
- 01.01: In China tritt das Verbot des Handels und der Verarbeitung von Elfenbein in Kraft.
- 02.01: Wintersturm Burglind zieht auf Deutschland zu und richtet nachfolgend im Westen und Süden sowie in der Schweiz schwere Schäden an.



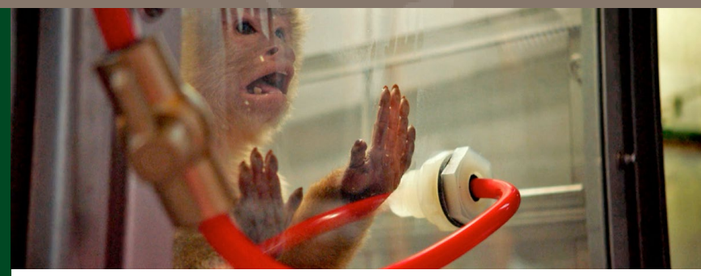
Nach drei schneearmen Wintern war der Winter 2017/18 oberhalb von 1500m einer der schneereichsten der letzten 30 Jahre. Unterhalb fiel allerdings **meist Regen statt Schnee**. Unterhalb von 1000m lag nur halb so viel Schnee wie im Durchschnitt.



- 02.01: Die israelische Regierung kündigt an, illegale Einwanderer aus afrikanischen Staaten binnen 90 Tagen zur Rückkehr in ihre Heimat aufzufordern oder in Drittstaaten auszureisen. Andernfalls droht ab April ihre Gefangennahme.
- 03.01: Der Wintersturm Burglind fegt mit Windgeschwindigkeiten bis 195 km/h (Pilatus) über die Schweiz. Regen in höheren Lagen löst Lawinen und Schlammlawinen aus. Mehrere Dörfer im Wallis und im Berner Oberland sind einige Tage nicht erreichbar.
- 05.01: Ein Buch des Journalisten Michael Wolff über US-Präsident Trump wird zum Bestseller.
- 06.01: Saudi-Arabien. Nach Protesten gegen das Ende der staatlichen Subventionen für ihre Strom- und Wasserrechnungen werden elf Prinzen aus dem saudischen Königshaus festgenommen und in das Hochsicherheitsgefängnis Ha'ir südlich von Riad verbracht. Die Prinzen demonstrierten zuvor am 4. Januar öffentlich vor einem Palast im Distrikt Qasr Al-Hokm in Riad.
- 06.01: Die iranische Regierung untersagt den Englisch-Unterricht an Grundschulen. Der oberste Religionsführer des Landes, Ajatollah Chamene'i, bezeichnet Englisch als Teil einer kulturellen Invasion des Westens.

JANUAR

- 08.01: Am Bundesstrafgericht in Bellinzona startet der Prozess gegen zwölf Tamilen, die bei ihren Landsleuten in der Schweiz Gelder zur Finanzierung der Rebellenorganisation «Tamil Tigers» eingetrieben haben sollen.
- 09.01: Die Swisscom kämpft tagelang mit technischen Problemen bei der Geschäftstelefonie.
- 09.01: Die EU plant ein Verbot von Mikroplastik in Pflegeprodukten.
- 11.01: Amsterdam/Niederlande: Der Herausgeber kündigt an, dass nach 140 Jahren die letzte gedruckte Ausgabe des Telefonbuches in den Niederlanden erscheint. Künftig werden nur noch Online-Ausgaben gepflegt. Schulungen sollen Senioren in ländlichen Gebieten die Umstellung erleichtern.
- 13.01: Russland stationiert zwei S-400-Luftabwehrbatterien auf der besetzten und annektierten Krim-Halbinsel.
- 13.01: Aktivisten verwüsten in Südafrika mehrere H&M-Filialen. Auslöser ist ein Pullover mit rassistischem Aufdruck, der einen dunkelhäutigen Jungen mit der Aufschrift «Coolest Monkey in the Jungle» zeigt.
- 16.01: Eine Kältewelle lässt die Temperatur in der russischen Republik Sacha (Jakutien) bis auf –67 °C zurückgehen, nur 4 Kelvin höher als das jemals dortige registrierte Minimum.
- 17.01: Wintersturm Evi weht bei Oensingen ein Dach auf die Bahnlinie und legt mit umgestürzten Bäumen Strassen lahm.
- 18.01: Orkan Friederike fegt mit mehr als 200 km/h über Deutschland, Belgien, die Niederlande wie auch über die Schweiz und fordert acht Tote. Bahn- und Flugverkehr kommen weiträumig zum Erliegen.
- 20.01: Weil es regnet statt schneit, werden 8 Männer im Hölloch durch Hochwasser eingeschlossen.
- 20.01: Der türkische Generalstab gibt die Militäroffensive mit Namen „Operation Olivenzweig" bekannt und wolle mit ihr und mit Unterstützung der Freien Syrischen Armee die Bewohner der nordsyrischen Grenzregion um Afrin im syrischen Gouvernement Aleppo von einer „Unterdrückung durch Terroristen" befreien. – Wenige Tage nach der Ankündigung der USA, eine 30.000 Mann starke Truppe entlang der syrischen Nordgrenze aufzustellen, beginnt eine türkische Militäroffensive in Nordsyrien.
- 22.01: Nach massiven Schneefällen in den Bergen und Starkregen im Mittelland verschütten Lawinen und Erdrutsche Strassen und Bahnlinien. Viele Dörfer sind abgeschnitten.
- 23.01: Das 48. Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums (WEF) beginnt mit einer Eröffnungsrede des indischen Premierministers Narendra Modi.
- 25.01: Eine chinesische CZ-2C-Rakete bringt drei Erdbeobachtungssatelliten aus der Yaogan-Weixing-Reihe sowie den Nanosatelliten Weina 1A vom Kosmodrom Xichang aus in eine Umlaufbahn.



- 27.01: Bombardier kündigt nach dem Debakel mit dem Lieferverzug von 4 Jahren bei den neuen Doppelstockzügen der SBB die Schliessung des Werkes Görlitz an.
- 30.01: Der Genfer Islamprofessor Tariq Ramadan wird in Paris festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, mehrere Frauen vergewaltigt zu haben.
- 30.01: Knapp zwei Monate nach dem Amtsantritt des kenianischen Präsidenten Uhuru Kenyatta lässt sich dessen Rivale Raila Odinga ebenfalls zum „Präsidenten" ausrufen.
- 30.01: Der Kfz-Hersteller Volkswagen AG stellt seinen Generalbevollmächtigten Thomas Steg frei und reagiert damit auf das Bekanntwerden von Abgastests an Affen und Menschen, mit denen die Unschädlichkeit von Dieselmotor-Emissionen belegt werden sollte.
- 31.01: Der Januar ist trotz der Schneerekorde in höheren Lagen 4,8° wärmer als im langjährigen Durchschnitt.

- 01.02: In Österreich tritt FPÖ-Politiker Udo Landbauer nur Tage nach seiner Wahl in die niederösterreichische Landesregierung von allen Ämtern zurück, nachdem bekannt geworden ist, dass ein Liederbuch der Studentenverbindung «Germania» deren Vizepräsident er war, Nazi-Lieder enthält.
- 01.02: Ein neues polnisches Gesetz stellt es unter Strafe, dem polnischen Staat oder dessen Bürgern Straftaten Nazideutschlands zuzuschreiben oder die Bezeichnung «Polnische Todeslager» zu verwenden. Israel protestiert.
- 06.02: Das Bundesamt für Verkehr deckt auf, dass Postauto von 2007 bis 2015 systematisch zu hohe Gewinne im subventionierten Regionalverkehr erzielt und diese durch Umbuchungen in andere Bereiche verschleiert hat. Bund und Kantone fordern 78 Mio. Fr. zu viel bezahlte Abgeltungen zurück. Der Chef von Postauto und der Finanzchef werden sofort freigestellt, Post-Konzernchefin Susanne Ruoff muss im Frühsommer abtreten, nachdem bekannt wird, wieviel die Konzernspitze von den illegalen Praktiken gewusst hat. Der Skandal führt ab Herbst zum Abbau von rund 50 Stellen.

Nach dem Skandal um **manipulierte Abgastests bei Dieselautos** mehrerer deutscher Hersteller im Vorjahr bricht der Verkauf von Dieselautos in Europa im ersten Halbjahr 2018 um 8% ein.

- 07.02: Nach einem Bericht der «South China Morning Post» setzt die Polizei in China modernste Datenbrillen ein. Gesuchte Verbrecher können dank Online-Verbindung zur Datenbank sofort identifiziert werden.
- 08.02: Das Europaparlament fordert eine Überprüfung der Sommerzeit. Eine diesbezügliche Umfrage der EU-Kommission stösst in den EU-Ländern sehr unterschiedlich auf Interesse.

FEBRUAR

- 15.-25.02: Internationale Filmfestspiele Berlin (Berlinale)
- 15.02: Eine partielle Sonnenfinsternis findet statt; sichtbar in der Antarktis, südliches Südamerika.
- 16.02: Chinesisches Neujahrsfest Jahr des Erd-Hundes (35. Jahr im 78. Zyklus)

- 08.02: Ein Gericht in Tokyo verurteilt die Betreiberfirma des Kernkraftwerks Fukushima zur Zahlung von rund 9,5 Mio. Fr. Schadenersatz an 318 Anwohnern, die ihre Häuser verlassen mussten. Dies entspricht nur 10% der Forderung.
- 09.02: Die WHO stuft Game-Sucht als psychische Krankheit ein.
- 12.02: Ein autonom gesteuerter Lastwagen hat in einer Testfahrt die USA von West- zur Ostküste ohne Chauffeur, nur mit Aufpasser durchquert.
- 12.02: Eine Studie der Universität Colorado zeigt auf, dass der Meeresspiegel als Folge der Klimaerwärmung stärker ansteigt als bisher angenommen. Die Forscher rechnen nun mit bis zu 65cm Anstieg bis 2100, bisherige Schätzungen liegen bei 30cm.
- 14.02: Bei einem Schulmassaker werden in Parkland (Florida) 17 Menschen erschossen.

- 04.03: Abstimmungsplakat gegen die NoBillag-Initiative. Daneben bringt sich ein rein kommerzielles Privatradio schon mal in Stellung.
- 04.03: In der Volksabstimmung wird die NoBillag-Initiative zur Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren bzw. der SRG abgelehnt.
- 04.03: Die Finanzordnung 2021 und damit die Verlängerung der Grundlage für die Mehrwertsteuer wird mit 84,1% Ja angenommen.
- 04.03: 66% der SPD-Mitglieder sprechen sich 161 Tage nach der Bundestagswahl in einer Urabstimmung für die Regierungsbeteiligung der SPD in der Grossen Koalition mit der CDU/CSU aus.
- 04.03: Nach Recherchen der Sonntagszeitung wusste Raiffeisen-Chef Patrik Gisel seit 2009 von den Machenschaften seines Vorgängers Vincenz. Am 18.07 tritt Gisel auf Ende Jahr zurück.
- 04.03: Bei den Wahlen in Italien wird die Protestbewegung «5 Stelle» mit 32% stärkste Partei, die bisher regierende Demokratische Partei stürzt auf 19% ab, dicht gefolgt von der Lega mit 18%. Silvio Berlusconis «Forza Italia» erreicht 14%. Die Regierungsbildung gestaltet sich schwierig, schliesslich raufen sich «5 Sterne» und Lega zusammen.
- 06.03: Das Parlament verlangt vom Bundesrat mit einer Motion, eine cyber-Einheit in der Schweizer Armee zu schaffen.

MÄRZ

- 14.03: Ein halbes Jahr nach der deutschen Bundestagswahl 2017 und gescheiterten Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer Regierung, wird das vierte Kabinett Merkel als Grosse Koalition zwischen Union und SPD vereidigt.
- 20.03: Der französische Ex-Präsident Sarkozy wird im Zuge von Ermittlungen wegen Unregelmässigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung verhaftet.
- 25.03: Im Freifach «Heimatliche Sprache und Kultur» für türkische Kinder wird in Uttwil ein Theaterstück zur Schlacht von Gaspoli (1. Weltkrieg) aufgeführt. Schweizer Politiker quer durch das Parteienspektrum sind entsetzt, wie die türkische Botschaft Heimatkunde interpretiert und wie Subventionen eingesetzt werden, die von der Schweiz zur Förderung der Integration zur Verfügung gestellt werden.
- 25.03: Über eine Million Menschen demonstrieren an 800 Orten in den USA mit dem «March for Our Lives» gegen die laschen Waffengesetze. Die Demonstrationen sind eine Reaktion auf die häufigen Amokläufe an Schulen, zuletzt in der Parkland-Schule.

Trotz hoher Preise und Gewinne schafft es die Pharmabranche selbst in der Schweiz nicht, eine **zuverlässige Versorgung mit Medikamenten** zu gewährleisten. Immer wieder kommt es zu Engpässen bei einzelnen Medikamenten und Impfstoffen, Tendenz steigend.

- 01.04: Schweden führt eine Umweltabgabe auf Flugtickets ein. Auch Deutschland, Frankreich, Österreich und Grossbritannien erheben bereits Flugabgaben.
- 01.04: China reagiert mit Strafzöllen auf 128 US-Produkte auf die neuen Zölle von US-Präsident Trump.
- 09.04: Facebook-Gründer Mark Zuckerberg übernimmt die Verantwortung dafür, dass eine Drittfirma im US-Wahlkampf Datensätze von 87 Millionen Facebook-NutzerInnen für Manipulationen missbraucht hat. Am 10.4. muss er vor dem US-Kongress zur Affäre aussagen.
- 12.04: Die Skandal-Rapper Kollegah und Farid Bang erhalten für ein kommerziell sehr erfolgreiches Album den Musikpreis «Echo». Da die Texte antisemitisch sind, löst die Verleihung eine heftige Kontroverse aus. In der Folge beendet die Plattenfirma die Zusammenarbeit mit den Rappern und die deutsche Musikindustrie schafft den «Echo» ab.
- 15.04: Philomena Colatrella, Chefin der Krankenkasse CSS, denkt laut über eine Franchise von 10'000 Fr. nach. Damit würde allerdings aus einem Anreiz, nicht wegen jeder Kleinigkeit zum Arzt zu gehen eine Abschaffung der Versicherungsdeckung für Leute, die selten krank sind und chronisch Kranke müssten deutlich mehr zahlen.
- 21.04: Der nordkoreanische Präsident Kim Jong-Un kündet einen Stopp der Atomtests an, mutmasslich wegen dem Einsturz des Testgeländes im September 2017. Das «Tired Mountain Syndrome» (Müder-Berg-Syndrom) ist von den Atomtestgeländen der Grossmächte her bekannt.

APRIL

- 23.04: Ein Selbstmordattentat in einer Menschenmenge führt in Kabul, Afghanistan, zum Tod von mindestens 57 Personen, über einhundert weitere Personen werden verletzt. Die Terrororganisation Islamischer Staat reklamiert die Tat für sich.
- 23.04: Der zweite Sohn von Prinz William und Kate Middleton wird in London geboren.
- 24.04: Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Josef Schuster rät Einzelpersonen vom Tragen der Kopfbedeckung Kippa in deutschen Grossstädten ab.

Seit 2011 hat sich die Zahl der Jugendlichen, die mit Suizidgedanken Hilfe beim **Sorgentelefon für Kinder** und Jugendliche (Tel. 147, Web: 147.ch) suchen, mehr als verdreifacht.

- 27.04: Der Oberste Führer Nord-Koreas, Kim Jong Un, und der Präsident vonSüd-Korea, Moon Jae-in, reichen sich in der Joint Security Area Panmunjeom die Hände und überqueren symbolträchtig die im Boden eingelassenen Betonschwellen, die den Beginn des jeweils anderen Staatsgebiets anzeigen. Die Demarkationslinie besteht seit 1953. Später am Tag befürworten beide Staatschefs ein „atomwaffenfreies Korea".

- 03.05: Die «Academy of Motion Picture Arts and Sciences», die den Oscar verleiht, schliesst nach Harvey Weinstein auch Bill Cosby und Roman Polanski wegen deren Skandalen um sexuelle Übergriffe aus.
- 03.05: Gemäss einer Umfrage steigt die Zustimmung zur EU in den EU-Ländern dank der Brexit-Abstimmung von 61% auf 71%. Allerdings vertrauen nur 34% dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission.

MAI

- 14.05: Die USA eröffnen ihre von Tel Aviv nach Jerusalem verlegte Botschaft. Im Gazastreifen eskalieren die Proteste gegen die Provokation. An der Grenze erschiessen israelische Soldaten 52 Demonstranten, darunter auch Kinder.
- 14.05: Innert zwei Tagen sprengen sich in der indonesischen Stadt Surabaya zwei islamistische Familien mit ihren Kindern in und vor christlichen Kirchen in die Luft.
- 14.05: Fünf Monate nach den Parlamentswahlen in Katalonien wählt das Parlament in einfacher Mehrheit einen Separatisten zum Regionalpräsidenten.
- 15.05: Der Wolf kommt im Mittelland an: in Menzigen wird erstmals nach mehr als hundert Jahren wieder ein Wolf im Kanton Zug gesichtet.
- 25.05: In der EU tritt das neue Datenschutzrecht in Kraft. Konsumenten haben gegenüber in der EU tätigen Firmen das Recht, die Löschung all ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen und müssen über jede Verwendung ihrer Daten informiert werden.
- 26.05: Ein Grossbrand im Europapark Rust fordert 7 Verletzte und richtet Millionenschäden. Die beliebte Anlage «Piraten von Batavia» wird komplett zerstört.
- 26.05: Irland stimmt in einem Referendum mit einer klaren Mehrheit von 66% für die Straflosigkeit der Abtreibung in der frühen Schwangerschaft (Fristenlösung).
- 27.05: Die Präsidenten Nord- und Südkoreas treffen sich in Panmunjom.
- 29.05: Die EU-Kommission veröffentlicht eine Verbotsliste mit den 10 häufigsten, unnötigen Einwegprodukten aus Plastik. Sie will damit die enorme Verschmutzung der Meere mit falsch entsorgtem Plastik reduzieren, die zunehmend Fischbestände gefährdet.

Nach der Zulassung im Lebensmittelgesetz 2017 sind **Insekten als alternative Proteinspender** ein Hype, 2018 müssen die Produktionsmengen schon wieder deutlich reduziert werden. Ebenso schnell vergeht der Hype um **legalen CBD-Hanf** mit begrenztem Gehalt an psychoaktivem THC.

Der trockene **Hitzesommer in der Schweiz** schlägt fast alle Rekorde seit es verlässliche Wetteraufzeichnungen gibt. Die Hitze setzt insbesondere den Fischen zu, allein aus dem 27° warmen Rhein werden mehr als eine Tonne toter Fische gezogen.

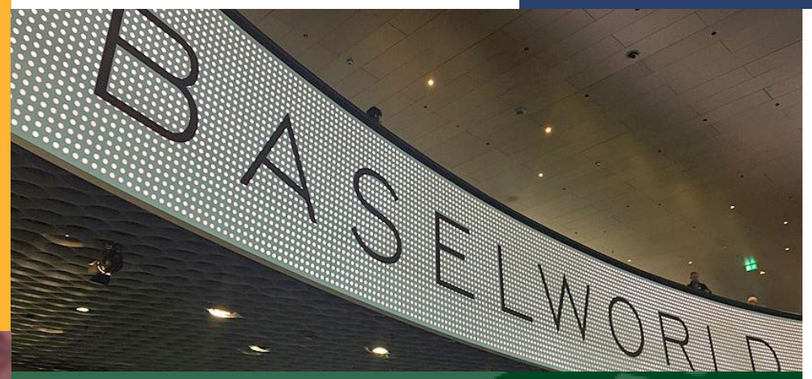
JUNI

- 12.06: Mit dem Gipfeltreffen in Singapur am 12. Juni 2018 zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Diktator Kim Jong-Un findet das erste Mal ein Treffen der Staatsoberhäupter beider Atommächte statt.
- 18.06: First Lady Melania Trump kritisiert, dass an der US-Grenze beim illegalen Grenzübertritt Kinder von ihren Eltern getrennt werden. In der Folge nimmt Präsident Donald Trump die Verschärfungen der Einwanderungspolitik halbherzig zurück. Monate später sind immer noch Tausende von Kindern von ihren Eltern getrennt.

- 01.06: Die USA setzen Strafzölle auf Stahl auch gegen Europa in Kraft. Die EU reicht bei der UNO-Welthandelsorganisation WTO Klage ein.
- 01.06: Aufgrund verschärfter Datenschutzbestimmungen erhöht WhatsApp die Altersgrenze in Europa von 13 auf 16 Jahre. In der Schweiz löschen zahlreiche Schulen die beliebten Klassenchats. Die Diskussion dazu erweckt zeitweise den Eindruck, es sei heute unmöglich, ohne elektronische Kommunikation überhaupt noch eine Schule zu betreiben ...
- 06.06: Nach heftigen Protesten aus Politik und von Angehörigen von Opfern wird ein Videospiel, das einen Amoklauf in einer Schule aus der Sicht des Täters zeigt, noch vor dem Release am 6. Juni von der Plattform «Steam» entfernt.
- 10.06: In der Referendums-Abstimmung wird das revidierte Geldspielgesetz sehr klar mit 73% Ja angenommen. Die Vollgeld-Initiative wird ebenso deutlich mit 76% Nein abgelehnt.
- 18.06: Audi-Vorstandschef Rupert Stadler wird wegen Verdunkelungsgefahr in der Affäre um Manipulationen bei den Abgasen von Dieselautos in Untersuchungshaft genommen.
- 30.06: Bis Ende Juni lassen sich 482 AusländerInnen der 3. Generation erleichtert einbürgern. Das sind nur 2% derjenigen, die von der seit 15. Februar geltenden Regelung profitieren könnten.
- 30.06: Bis zum 26. August dünnt die SBB den Fahrplan aus, um auf dem stark ausgelasteten Netz effizienter Unterhaltsarbeiten an Gleisen und Fahrleitungen ausführen zu können. Einzelne Strecken werden gar ganz gesperrt. Der «Sommerfahrplan» löst bei Pendlern wenig Begeisterung aus.

JULI

- Im Hitzesommer gedeiht das Gemüse prächtig. Während der Sommerferien sinken die Produzentenpreise in den Keller, trotzdem findet die Überproduktion keine Abnehmer. Die Produzenten lassen tonnenweise Gemüse ungeerntet auf den Feldern verrotten.
- 01.07: Saudi-Arabien erlaubt Frauen das Autofahren. Allerdings bleiben einige Aktivistinnen, die jahrelang für dieses Recht gekämpft haben, in Haft. Wenige Tage später verüben zwei Männer einen Brandanschlag auf das Auto einer Frau.
- 05.07: SVP-Nationalrat Andreas Glarner kritisiert Empfehlungen von Schulen und Sportvereinen, die Kinder sollten aus Rücksicht auf muslimische Kameraden keine Cervelats zum Grillfest mitbringen. Der Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes meint dazu, Angehörige religiöser Minderheiten sollten sich um ihre spezielle Verpflegung selbst kümmern.
- 06.07: Die eidg. Kommunikationskommission Comcom informiert über die Spielregeln zur Ausschreibung der Konzessionen für das Mobilfunknetz der 5. Generation (5G). 5G ermöglicht nochmals schnellere Datenverbindungen für Handys.
- 18.07: Die EU-Kommission verhängt gegen den Internetkonzern Google eine Rekordstrafe von 4,3 Mio. Euro wegen unzulässiger Vorschriften in Lizenzverträgen für das Handy-Betriebssystem Android.



- 19.07: In Griechenland wüten die schlimmsten Waldbrände seit mehr als 10 Jahren. Ganze Feriendörfer werden zerstört. Auch in anderen europäischen Ländern gibt es Waldbrände, besonders schlimm ist die Situation auch in Schweden.
- 27.07: Der Swatch-Konzern gibt bekannt, dass er ab 2019 wie diverse andere Marken nicht mehr an der Luxusmesse «Baselworld» ausstellen wird. Mit dem Ausstieg des grössten Ausstellers ist die Zukunft der Messe ungewiss.
- 27.07: Mit einer 12 Tonnen schweren Hai-Skulptur aus 40000 alten Plastikflaschen versucht der WWF dafür zu sensibilisieren, dass die Weltmeere jährlich mit 12 Mio. Tonnen Plastikabfällen verschmutzt werden.
- 27.07: Seltenes Naturschauspiel «Blutmond», die längste vollständige Mondfinsternis des 21. Jahrhunderts ist auch in der Schweiz zu sehen.

AUGUST

- 01.08: Nach einer Berechnung des WWF haben wir am 1.8. weltweit bereits alle natürlichen Ressourcen verbraucht, die innerhalb eines Jahres wieder nachwachsen. Unser Konsum in der zweiten Jahreshälfte geht an die Substanz, z.B. durch Überfischung der Weltmeere. In den 1970-er Jahren lag der «Welterschöpfungstag» noch im November.
- 01.08: Am Nationalfeiertag sind wegen der Waldbrandgefahr nach dem trockenen Sommer in den meisten Kantonen Feuerwerk und Höhenfeuer verboten.
- Wegen politischer Differenzen zwischen der Türkei und den USA fällt der Kurs der türkischen Lira an den Devisenmärkten massiv. Zudem bricht nach politisch motivierten Verhaftungen von westeuropäischen Journalisten der Tourismus ein.

- 14.08: Das Rettungsschiff «Aquarius» darf erst nach tagelangem Tauziehen in Malta anlegen, nachdem sich Deutschland, Frankreich, Spanien, Portugal und Luxemburg bereit erklärt haben, die Flüchtlinge aufzunehmen.
- 15.08: Die Bundespolizei durchsucht wegen der Postautoaffäre (vgl. 6.2.18) die Büros am Hauptsitz der Post.
- 20.08: Als kleine Geste der Entspannung dürfen einige hundert Nordkoreaner ihre in Südkorea lebenden Familienangehörigen treffen.

In der «Schweiz am Wochenende» vom 12.8.18 kritisiert der Schriftsteller Thomas Hürlimann den Trend zur «Sprachpolizei», die Sprache werde dadurch «immer wieder vergewaltigt». Sein Kollege Lukas Bärfuss sieht dagegen «Political Correctness» als **wichtigen Schritt in der Entwicklung der Sprache**. Kacem El Ghazzali meint «Toleranz dient als eine Art Zensur kritischer Stimmen.» und erinnert daran, dass eine liberale Gesellschaft nur funktioniert, wenn ständig Kritik ausgeübt wird.

- 04.08: Eine «Tante Ju» (Oldtimer-Flugzeug Ju-52) stürzt am Piz Segnas ab. Alle 24 Insassen sterben.
- 09.08: Die Gewerkschaften werfen dem Bundesrat vor, bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zu kompromissbereit zu sein und boykottieren deshalb Gespräche am runden Tisch mit Arbeitgebern und Kantonen zum Rahmenabkommen mit der EU.
- 14.08: In Genua stürzen während eines Gewitters 200m des 1967 gebauten Autobahnviadukts ein. Der «Ponte Morandi» wird zum Symbol für die marode Infrastruktur Italiens. Innenminister Salvini droht der privaten Autobahn-Betreiberfirma wegen Vernachlässigung des Unterhalts den Entzug der Lizenz an.
- 14.08: Juso-Präsidentin Tamara Funiciello bezeichnet den Rekordhit des Jahres, «079» von Lo & Leduc als sexistisch, weil darin ein Mann wiederholt versucht, an die Handynummer einer Frau zu kommen, obwohl diese klar Nein gesagt hat. Funiciello löst damit eine heftige Debatte aus.

- 02.09: Ägypten: Präsident Abd al-Fattah as-Sisi hat ein Gesetz zur Regulierung der sozialen Netzwerke ratifiziert. Künftig werden dadurch Social Media-Konten im Internet mit mehr als 5000 Followern beispielsweise auf Facebook und Twitter vom Obersten Rat der Medienregulierung (SCMR) überwacht.
- 03.09: 3. Gipfel und 7. Ministerkonferenz des Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC). Auf dem China-Afrika-Gipfel vor rund 53 afrikanischen Staats- und Regierungschefs gab Präsident Xi Jinping an, dass die Volksrepublik China bis 2021 umgerechnet rund 51,7 Milliarden Euro an Investitionen in die Infrastruktur und für Kreditvergaben im Rahmen des Ausbaus der Belt and Road-Initiative plant.
- 06.09: Grounding: Die Berner Fluggesellschaft Skywork geht in Konkurs.
- 09.09: Bei den Parlamentswahlen in Schweden bleiben die Sozialdemokraten mit 26% Wähleranteil stärkste Partei, verlieren aber 5%, die rechtspopulistischen Schwedendemokraten werden mit 19% zweitstärkste Kraft.
- 11.09: Unter der Bezeichnung Wostok-2018 beginnt das grösste russische Militärmanöver nach Ende des Kalten Krieges mit rund 300.000 Soldaten, rund 1000 Flugzeugen und Hubschraubern und 36.000 Fahrzeugen. Beteiligt ist eine grosse Anzahl an Militärstandorten in Sibirien und im Fernen Osten Russlands.
- 12.09: Der Nationalrat beschliesst eine Neuauflage der Unternehmenssteuer-Reform. Die Vorlage verknüpft Steuer-Entlastungen für Firmen mit zusätzlichen jährlichen Zahlungen von zwei Milliarden an die AHV. SVP und Juso drohen schon vor der Debatte aus entgegengesetzten Gründen mit dem Referendum gegen den umstrittenen Kompromiss.

SEPTEMBER

- 12.09: Das Europaparlament verabschiedet eine Reform des Urheberrechts. Betreiber von Social Media Plattformen werden damit haftbar für Inhalte, die das Urheberrecht verletzen. Unklar bleibt, wie weit die beliebten Parodien von Popsongs und Kinofilmen auf YouTube und die Verwendung von fremden Fotos für Memes unter dem Titel «Fair Use» zulässig ist.
- 23.09: Schweiz. In der Volksabstimmung wird der Gegenvorschlag zur Veloweg-Initiative mit 74% Ja klar angenommen. Die Fair-Food-Initiative wird mit 61% Nein und die Ernährungs-Souveränitäts-Initiative mit 68% Nein abgelehnt. Beide Landwirtschafts-Initiativen finden in den rein französischsprachigen Kantonen VD, NE, GE und JU eine klare Ja-Mehrheit.
- 25.09: Nach seinen umstrittenen Äusserungen zu den Ausschreitungen in Chemnitz kommt der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maassen in starke Bedrängnis.
- 28.09: Bei einem starken Erdbeben mit Tsunami in Indonesien trifft es die nördlich gelegene Insel Sulawesi. Mindestens 2000 Menschen sterben, allein in der Küstenstadt Palu werden nach einem nachfolgenden Tsunami noch über 5000 Personen vermisst – ihr Verbleib ist bis heute nicht geklärt. Die Suche wurde inzwischen beendet.

- 02.10: Der ehemalige Direktor der saudischen Tageszeitung al-Watan und in den USA im Exil lebende Jamal Khashoggi nimmt einen Termin im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul wahr und wird seitdem vermisst. Seine Verlobte Hatice Cengiz ging an die Öffentlichkeit und die türkischen Behörden nahmen Ermittlungen auf. 17 Tage später räumte Saudi-Arabien ein, dass Khashoggi an jenem Tag getötet wurde.
- 03.10: Das Europäische Parlament fordert im Kampf gegen den Klimawandel deutliche Reduktion der CO_2-Emissionen von Neuwagen: Bis 2030 soll der CO_2-Ausstoss von neuen Autos um 40 % sinken.
- 03.10: Rund 300 Millionen Kilometer von der Erde entfernt gelingt die erfolgreiche Landung des Rovers MASCOT auf dem Asteroiden (162173) Ryugu im Rahmen der japanischen Asteroidenmission Hayabusa 2.
- 04.10: Die französische Nationalversammlung beschliesst die Veräusserung der staatlichen Anteile von 50,6 Prozent der Flughafengesellschaft Aéroports de Paris (ADP). Mit der Privatisierung der drei grossen Verkehrsflughäfen von Paris: Paris-Charles de Gaulle, Paris-Orly und Paris-Le Bourget sollen bis zu 10 Milliarden Euro in den Staatshaushalt fliessen.

OKTOBER

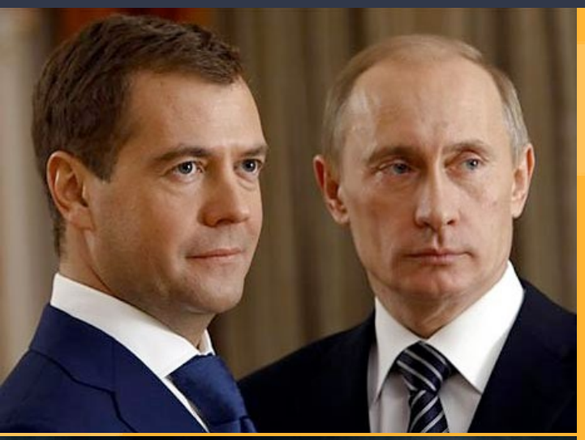
- 17.10: Die Legalisierung von Cannabiskonsum in Kanada ist in Kraft getreten. Jeder Einwohner darf rund 30 Gramm Cannabis besitzen. Der Handel ist staatlich reglementiert und wird besteuert.
- 19.10: Nach dem trockenen Sommer und Herbst ist der Pegelstand des Rheins bei Basel so tief, dass keine Containerschiffe mehr nach Basel fahren können.
- 19.10: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) gibt der Klage der Europäischen Kommission gegen Polen Recht und verpflichtet die polnische Regierung unverzüglich die Anwendung der nationalen Bestimmungen zur Senkung des Ruhestandsalters der Richter am Obersten Gericht auf 65 Jahre auszusetzen.
- 20.10: Bei einem Wahlkampfauftritt im US-Bundesstaat Nevada kündigt US-Präsident Donald Trump an, den Ende 1987 abgeschlossenen Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF) zu kündigen. Nach US- und auch NATO-Angaben, habe Russland gegen den INF-Vertrag verstossen, der es verbietet, landgestützte Nuklearraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern zu produzieren, zu besitzen oder zu testen.
- 23.10: Nach der Tötung des Journalisten Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul kündigen die USA und Grossbritannien Einreisesperren gegen 21 Personen aus Saudi-Arabien an und mögliche Finanzsanktionen. Dabei handelt es sich um verdächtige Personen des Nachrichtendienstes, am Königshof, im saudischen Aussenministerium und anderen Ministerien. Deutschland und Frankreich verzichten unterdessen auf Sanktionen.

- 06.10: Der US-Senat bestätigt Präsident Trumps Nomination des erzkonservativen Juristen Brett Kavanaugh als Richter am Supreme Court mit hauchdünner Mehrheit. Die von mehreren Frauen gegen Kavanaugh erhobenen Anschuldigungen wegen sexueller Belästigung werden für nicht seriös erklärt, die Republikaner wollen offensichtlich noch vor den Midterm Elections eine Mehrheit im obersten Gericht auf Jahre hinaus zementieren.
- 08.10: Der Weltklimarat (IPCC) hat seinen Sonderbericht zur globalen Erwärmung von 1,5 °C vorgelegt, der das Zwei-Grad-Ziel der Klimapolitik in Frage stellt.

- 10.10: Bangladesch: Ein Strafgericht in Dhaka unter Richter Shahed Nuruddin verhängt die Todesstrafe für 19 Menschen wegen eines Handgranatenanschlags auf die heutige Premierministerin Scheich Hasina Wajed während einer Kundgebung 2004.
- 13.10: Papst Franziskus hat dem früheren chilenischen Erzbischof von La Serena, Francisco José Cox Huneeus, und dem früheren Bischof von Iquique, Marco Antonio Órdenes Fernández, wegen sexuellen Kindesmissbrauchs die Bischofs- und Priesterwürde aberkannt und sie in den Laienstand versetzt.
- 16.10: Der chinesische Pharmakonzern Changchun Changsheng Life Sciences wird zu einer Strafzahlung von umgerechnet rund 1,1 Milliarden Euro verurteilt. Das Unternehmen hat seit 2014 Daten gefälscht und zum Teil unwirksame und abgelaufene Impfstoffe in Umlauf gebracht. Hunderttausende Kinder sind betroffen.

- 23.10: Die Europäische Kommission hat erstmals in der Geschichte der EU den Haushaltsentwurf eines Mitgliedsstaates nicht bestätigt. Der vorgelegte Haushaltsplan von Italien für 2019 stelle einen besonders schwerwiegenden Verstoss gegen die haushaltspolitischen Empfehlungen des Rates vom 13. Juli 2018 dar. Die italienische Regierung unter Ministerpräsident Giuseppe Conte muss einen neuen Haushaltsentwurf vorlegen.
- 23.10: Zhuhai/Volksrepublik China: Eröffnung der Hongkong-Zhuhai-Macau-Brücke.
- 23.10: Washington, D.C./Vereinigte Staaten: Fünf von insgesamt 16 im Museum of the Bible ausgestellte Qumran-Rollen wurden aus der Sammlung entfernt. Die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) in Deutschland hatte sie als moderne Fälschungen identifiziert.
- 29.10: Italien: Bei schweren Regenfällen und Überschwemmungen im ganzen Land kommt es zu erheblichen Sachschäden und in fast allen Regionen wurde die höchste Alarmstufe ausgerufen. Vier Menschen sterben nahe Crotone bei einem Erdrutsch und eine weitere Person in Catanzaro. Auch Rom und Venedig sind stark betroffen.
- 30.10: Am Ufer der Sardar-Sarovar-Talsperre am Fluss Narmada im indischen Bundesstaat Gujarat wird die 182 Meter hohe Statue der Einheit zu Ehren von Vallabhbhai Patel eingeweiht.

Jedes vierte Neuvelo ist mittlerweile ein **e-Bike**.



NOVEMBER

- 03.11: Auf dem ägyptischen Luftwaffenstützpunkt Muhammad Nagib findet bis zum 16. November erstmals das arabische Grossmanöver Arab Shield 1 statt, an dem die Land-, Luft- und Seestreitkräfte aus Ägypten, Bahrain, Jordanien, Kuwait, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten teilnehmen sowie Beobachter aus dem Libanon und Marokko. Bereits im September 2018 fand auf dem Militärstützpunkt das jährliche Grossmanöver "Bright Star" statt, an dem Soldaten aus Frankreich, Griechenland, Italien, Jordanien, Saudi-Arabien, dem Vereinigten Königreich und der Vereinigten Staaten sowie Beobachter aus 16 Staaten teilnahmen.
- 04.11: Referendum in Neukaledonien über die Unabhängigkeit oder weitere Zugehörigkeit zu Frankreich.
- 01.11: Moskau/Russland: Auf Anweisung des russischen Ministerpräsidenten Dmitri Medwedew werden Finanzsanktionen gegen 322 ukrainische Staatsbürger und 68 ukrainische Firmen, darunter Chemie- und Bergbauunternehmen, verhängt und der Besitz eingefroren.
- 01.11: Die Weltbank gewährt dem wirtschaftlich angeschlagenen Argentinien zwei Kredite über insgesamt 950 Millionen US-Dollar (umgerechnet 832 Millionen Euro). Ein Darlehen in Höhe von 500 Millionen US-Dollar soll das Wirtschaftswachstum fördern und der zusätzliche Kredit über 450 Millionen US-Dollar ist für ein Entwicklungsprojekt zugunsten von rund 250.000 Kindern und Jugendlichen vorgesehen, die bisher von staatlichen Hilfen ausgeschlossen sind.
- 01.11: Drei Wochen nach der Freilassung des US-amerikanischen Pastors der Evangelisch-Presbyterianischen Kirche Andrew Brunson aus türkischer Haft haben die Türkei und die Vereinigten Staaten ihre gegenseitigen Sanktionen gegen Minister des jeweils anderen Landes aufgehoben.
- 02.11: Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel, der Norddeutsche Rundfunk und Tamedia veröffentlichen im deutschsprachigen Raum die Rechercheergebnisse der European Investigative Collaboration (EIC) zu den Football Leaks. Der Datenbestand soll rund 3,4 Terabyte und über 70 Millionen Dateien umfassen.

- 05.11: Portugal: Eröffnung des Web Summit, der grössten Technologiekonferenz Europas in der Altice Arena. Das Internet-Gipfeltreffen erwartet rund 70.000 Besucher und Vertreter und Redner unter anderem von den Konzernen Amazon, Apple, Google, Microsoft, Mozilla, Netflix, SAP, Shell und SAP.
- 05.11: Eröffnung der China International Import Expo (CIIE), im Rahmen der Belt and Road-Initiative (Neue Seidenstrasse). Die weltgrösste Importmesse mit einer Ausstellungsfläche von über 240.000 m² unter der Beteiligung von 3000 global agierenden Unternehmen aus über 120 Ländern. Zu den Teilnehmern gehören unter anderem BMW, Canon, Chiron-Werke, General Motors, Facebook, Ford, GLP China Asset, Google, Hoffmann-La Roche, Microsoft, Nestle, Philips, SAP, Tesla, Thyssen-Krupp, Walmart, Xilinx, ZF Friedrichshafen.
- 06.11: Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat sowie Gouverneurswahlen in den Vereinigten Staaten.
- 07.11: Vereinigte Staaten: Bei einem Amoklauf des ehemaligen US-Marineinfanteristen David Long in dem Club Borderline Bar and Grill kommen 13 Menschen ums Leben.
- 10.11: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan gibt bekannt, Beweismaterial zur Ermordung von Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul den Regierungen von Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt zu haben. Zudem rief er die saudische Regierung auf, den Mörder Khashoggis zu identifizieren. Der Täter sei Teil einer Gruppe von 15 Personen gewesen.

Immer mehr Unternehmen führen Grossraumbüros ein. Oft wird argumentiert, dass damit die Kommunikation zwischen den Mitarbeitenden und die Produktivität zunimmt, und die Kreativität gefördert wird. In der Realität schotten sich die Betroffenen allerdings mit Kopfhörern von der Geräuschkulisse ab.

Laut einer Studie der Harvard Universität nehmen E-Mails und Chats nach einem Wechsel ins Grossraumbüro um 70% zu, direkte Gespräche um 70% ab. **Die elektronische Kommunikation ist zudem oberflächlicher als die direkte.** Unbestreitbar bleibt, dass in Grossraumbüros dank dichter Möblierung und «Desksharing» (bis zu 1,7 Angestellte teilen sich ein Pult) bis zur Hälfte der Büromiete eingespart werden kann. Dies lässt sich ohne Studie messen und ausweisen ...

- 10.11: Jordanien: Nach heftigen Regenfällen mit folgenden schweren Sturzfluten kommen mindestens 12 Menschen ums Leben. Rund 3700 Touristen, die das UNESCO-Welterbe Petra besichtigten, mussten vom Zivilschutz in Sicherheit gebracht werden.
- 13.11: Im Europäischen Parlament spricht sich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, wie zuvor der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, im Rahmen der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) für eine Europaarmee (ähnlich der EU-Battlegroup) und einen europäischen Sicherheitsrat mit einem rotierenden Vorsitz aus.

- 15.11: Die 32. Kammer des Strafgerichts in Paris beendet den Steuerbetrugsprozess gegen die Schweizer Grossbank UBS. Der französische Staat fordert eine Entschädigung von 1,6 Milliarden Euro. Im Juli 2014 hatte die UBS eine Kaution von 1,1 Milliarden Euro hinterlegen müssen. Das Urteil werde am 20. Februar 2019 eröffnet.
- 17./18.11: 30.Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) Papua-Neuguinea.
- 17.11: In Frankreich beginnen Protestaktionen sogenannter „Gelbwesten“ mit sich nachfolgend ausweitenden sozialpolitischen Forderungen.
- 17.11: Das Suchschiff Seabed Constructor des US-Unternehmens Ocean Infinity ortet das Wrack des am 15. November 2017 verschwundenen argentinischen U-Boots ARA San Juan vor der Küste der Valdés-Halbinsel in 907 m Tiefe. An Bord starben 44 Seeleute.
- 21.11: Der Oberste Richter der Vereinigten Staaten John Roberts verwahrt sich gegen Verdächtigungen des US-Präsidenten Donald Trump: „Wir haben keine Obama-Richter oder Trump-Richter, Bush-Richter oder Clinton-Richter.“
- 11.–15: 33. ASEAN-Gipfel in Singapur

In den letzten 15 Jahren sind die Vogelbestände in Europa **um 30% zurückgegangen**, seit 1990 sogar um die Hälfte. Grund dafür ist die intensive Landwirtschaft, insbesondere der hohe Pestizideinsatz gegen Insekten. In einigen Regionen der Schweiz sind viele Vogelarten ganz verschwunden.

NOVEMBER

- 22.11: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilt Griechenland zu Entschädigungszahlen von insgesamt 110.000 Euro an elf Häftlinge, die von Polizisten der Anti-Terroreinheit E.K.A.M. bei Zellendurchsuchungen am 13. April 2013 in der Haftanstalt in Grevena mit einer Elektroschockpistole (Taser) misshandelt wurden.
- 25.11: Nach Angaben der syrischen Nachrichtenagentur SANA gab es in drei Stadtteilen von Aleppo einen Chlorgasangriff durch Raketenbeschuss aus dem von Rebellen kontrollierten Gebiet Idlib. Mindestens 46 Menschen, darunter acht Kinder, werden nach russischen Angaben in Krankenhäusern behandelt.
- 25.11: Volksabstimmung mit der Eidgenössischen Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)», der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)» und zum revidierten Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG), dem es Sozialversicherungen erlaubt, Versicherte mit Hilfe von Sozialdetektiven auszuspionieren. Die Stimmberechtigten nehmen lediglich die Vorlage zum Einsatz von Sozialdetektiven an.

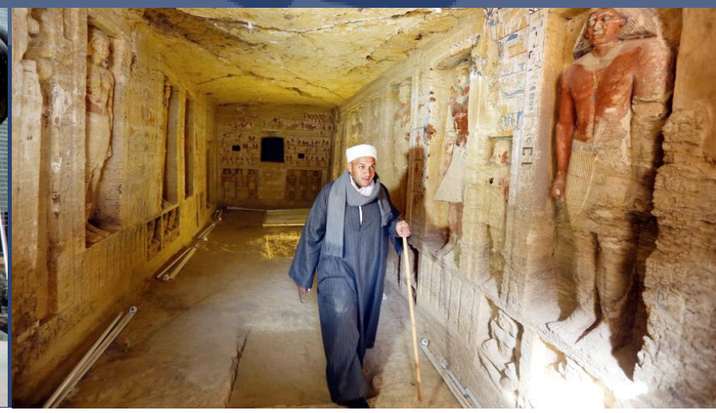
DEZEMBER

- 01.12: Andrés Obrador in Mexiko als neuer Staatspräsident eingeführt. Er verspricht eine „friedliche Revolution“ in der Wirtschaftspolitik des Landes.
- 01.12: Paris/Frankreich: Bei mehreren Protestaktionen der Gelbwesten werden 130 Menschen verletzt und mindestens 380 festgenahmen. Vermummte Demonstranten stürmten auch zum Arc de Triomphe de l’Étoile (Triumphbogen) am Champs-Élysées.
- 01.12: Die Finanzvorständin Meng Wanzhou des chinesischen Telekommunikationskonzerns Huawei wird auf Antrag der US-Strafverfolgungsbehörden in Vancouver/Kanada verhaftet.
- 03.12: Das russische Raumschiff Sojus MS mit dem russischen Kosmonauten Oleg Kononenko (Roskosmos), der US-amerikanischen Astronautin Anne McClain (NASA) und dem kanadischen Astronauten David Saint-Jacques (CSA) startet erfolgreich zur Internationalen Raumstation (ISS).

- 03.-14.12: 24. UN-Klimakonferenz in Katowice, Polen
- 05.12: SVP-Politiker Ueli Maurer wird zum Bundespräsidenten für das Jahr 2019 gewählt. Dieses Amt hatte er bereits im Jahr 2013 bereits inne. Bei den Ersatzwahlen zum Bundesrat wird die FDP-Politikerin Karin Keller-Sutter und die CVP-Politikerin Viola Amherd jeweils im ersten Wahlgang zu neuen Bundesrätinnen gewählt. Jetzt sind wieder 3 Frauen in der Landesregierung vertreten.
- 05.12: Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) veröffentlicht einen Bericht über die steigende Anzahl von Arbeitsmigranten. Von 277 Millionen Migranten weltweit arbeiten rund 164 Millionen Menschen in fremden Ländern. Rund 52,5 Millionen (32 %) davon befinden sich in Europa.
- 06.12: Der russische Präsident Wladimir Putin sichert dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro bei seinem Staatsbesuch für Venezuela Finanzhilfen in Höhe von rund sechs Milliarden US-Dollar zu, davon fünf Milliarden US-Dollar für die Ölwirtschaft (Petróleos de Venezuela) und eine Milliarde für die Goldförderung des wirtschaftlich schwer angeschlagenen Landes. Maduro besteht darauf, dass nationale Goldexporte trotz der US-amerikanischen Sanktionen fortgeführt werden.
- 06.12: Frankreich. Bei landesweiten Demonstrationen von Schülern gegen härtere Auswahlkriterien beim Hochschulzugang und befürchtete Kürzungen kommt es zu schweren Ausschreitungen und rund 700 Festnahmen, darunter besonders in Bordeaux, Marseille und Paris. Mindestens 280 Bildungseinrichtungen wurden geschlossen. Für die geplanten Demonstrationen der Bewegung der „Gelbwesten“ am 8. Dezember 2018 ordnet die Regierung die Mobilisierung von weiteren 89.000 Sicherheitsbeamten an.
- 06.12: Unter Vermittlung des UN-Sondergesandten des Generalsekretärs für den Jemen (OSESGY), Martin Griffiths, beginnen Friedensgespräche mit Vertretern der international anerkannten Regierung des Jemen und der Huthi-Rebellen. Dabei kommt es zu einer Vereinbarung über einen Gefangenenaustausch.

- 07./08.12: 31. Annegret Kramp-Karrenbauer wird als Nachfolgerin von Angela Merkel zur neuen CDU-Parteivorsitzenden gewählt.
- 07.12: Auf Betreiben der Staatsanwaltschaft in Ankara verhaftet die Polizei landesweit 87 ehemalige Angehörige der türkischen Luftstreitkräfte, denen Verbindungen zur Gülen-Bewegung vorgeworfen werden. Die Staatsanwaltschaft in Izmir ordnete die Inhaftierung von 53 Menschen an. Die Staatsanwaltschaft in Istanbul fahndet nach 41 weiteren Verdächtigen der paramilitärischen Jandarma (Gendarmerie). Nach offiziellen Zahlen von Mitte November 2018 wurden seit 2016 rund 218.000 Menschen verhaftet und davon bisher 16.684 verurteilt. 14.750 Menschen befinden sich noch Untersuchungshaft. Mehr als 140.000 Menschen wurden aus dem Staatsdienst entlassen.
- 08.12: Eine Trägerrakete vom Typ Langer Marsch 3B startet im Rahmen des Mondprogramms der Volksrepublik China ins Weltall. Die Mondsonde Chang'e-4 mit einem Roboterfahrzeug an Bord soll zum Neujahrstag auf der Mondrückseite landen.

- 11.12: Am Dienstagabend eröffnete ein Mann das Feuer auf dem Strassburger Weihnachtsmarkt. Fünf Menschen sind tot. Elf Personen wurden teils schwer verletzt. Der Täter, der in Strassburg geborene 29-jährige Franzose Chérif Chekatt, wurde von der Polizei erschossen. Er war polizeibekannt und galt als radikalisiert. Er wurde vorher bereits 27 Mal für kriminelle Delikte verurteilt und sass auch schon in der Schweiz im Gefängnis.
- 12.12: Premierministerin Theresa May übersteht ein Misstrauensvotum der Parlamentsabgeordneten ihrer eigenen Partei. In der dritten Januarwoche soll die BREXIT-Abstimmung im britischen Parlament erfolgen.
- 14.12: Das kosovarische Parlament hat einstimmig beschlossen, entgegen der UN-Resolution 1244, neuen Heeresstreitkräfte mit einer Stärke von 5000 Soldaten auszubauen. Bei einer Militärparade nahmen auch 24 US-amerikanische Militärgeländefahrzeuge vom Typ HUMVEE teil, die zuvor geliefert wurden. – Im Kosovo sind rund 4030 Soldaten der NATO-Militärmission KFOR (/darunter auch maximal 165 Schweizer Frauen und Männer), 4700 Polizisten der United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) und rund 800 Einsatzkräfte der EULEX Kosovo im Einsatz.
- 15.12: Antikenminister Chaled al-Enani gibt offiziell die Entdeckung eines rund 4400 Jahren alten Grabmals des Hohepriesters Wahtye unter Pharao Neferirkare aus der altägyptischen 5. Dynastie im Alten Reich in der Pyramidenanlage Sakkara bekannt.



DEZEMBER

- 09.12: Bei erneuten Protestaktionen der Gelbwesten für soziale Gerechtigkeit und gegen die Reformpolitik von Staatspräsident Emmanuel Macron werden landesweit mindestens 1000 Menschen vorläufig verhaftet, darunter 600 in Paris. Demonstranten errichteten auf den Champs-Élysées Barrikaden und zündeten Autoreifen an. Zahlreiche Geschäfte in der Hauptstadt haben geschlossen und der Verkehr ist eingeschränkt. Landesweit sind über 89.000 Polizisten im Einsatz.
- 10.12: Die britische Premierministerin Theresa May hat die am 11. Dezember geplante Abstimmung im House of Commons (Unterhaus) über das mit der Europäischen Union vereinbarte Austrittsabkommen zum EU-Austritt des Vereinigten Königreichs (Brexit Deal) zum 30. März 2019 angesichts einer drohenden Abstimmungsniederlage vertagt.

- 10.12: Marrakesch/Marokko: Zum Auftakt des zweitägigen Gipfeltreffens der Vereinten Nationen zum globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (UN-Migrationspakt) wird dieser von 164 Staaten angenommen. Einige Regierungen haben wegen Vorbehalten die Unterzeichnung abgelehnt oder eine Entscheidung verschoben, darunter jene von Australien, der Vereinigten Staaten, der Volksrepublik China, Israel, Japan, Südkorea, der Schweiz, der Dominikanischen Republik sowie der EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Estland, Italien, Lettland, Österreich, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn.

- 10.12: Die US-Raumfahrtbehörde NASA gibt bekannt, dass die 1977 gestartete Raumsonde Voyager 2, in etwa 17,85 Milliarden Kilometer Entfernung, die Heliopause und damit den interstellaren Raum passiert.

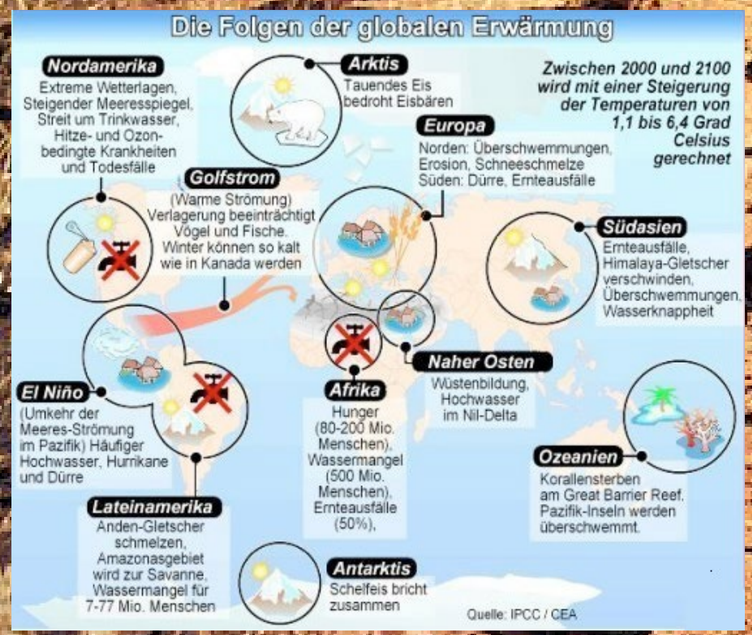
- 15.12: Die Uno-Klimakonferenz im polnischen Katowice hat ihr Ziel erreicht: Einstimmig hat sie am Samstagabend ein Regelwerk für den Weltklimavertrag beschlossen. Zudem einigten sich die Staaten auf Wege, wie die globale Erwärmung auf 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit begrenzt werden soll. Schliesslich wurden auch hohe Zahlungen für Klimahilfsfonds gesammelt.
- 15.12: In der Ukraine wird, im Beisein von Staatspräsident Petro Poroschenko, eine neue, von Russland unabhängige, Ukrainisch-Orthodoxe Landeskirche offiziell durch ein Konzil gegründet. Zu ihrem ersten Oberhaupt wird Metropolit Epiphanius gewählt.

- 17.12: Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York nehmen 181 von 193 Mitgliedstaaten den rechtlich nicht bindenden Globalen Pakt für Flüchtlinge (GCR), auch UN-Flüchtlingspakt genannt, offiziell an.
- 17.12: Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire gibt überraschend die Einführung einer Digitalsteuer ab 1. Januar 2019 bekannt, in der neben der Umsatzbesteuerung, auch die Werbeeinnahmen und der Verkauf persönlicher Daten besteuert werden und soll zu Mehreinnahmen von rund 500 Millionen Euro pro Jahr führen. Die Digitalsteuer betrifft vor allem US-Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon. So hat z.B. Facebook in Frankreich rund 39 Millionen Abonnenten und erzielt einen Umsatz von 850 bis 950 Millionen Euro, zahlt derzeit aber nur Steuern in Höhe von 1,9 Millionen Euro und beschäftigt in der französischen Tochtergesellschaft nur 108 Mitarbeiter…

Hier endet die redaktionelle Berichterstattung wegen vorgezogenem Redaktionsschluss dieser Chronik.

WELTKLIMA

REKORD BEI **TREIBHAUSGASEN**



Die weltweiten CO_2-Emissionen stehen erneut auf einem Höchstwert. Dies zeigt der aktuellste UN-Klimabericht. Auch die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre hat einen neuen Höchststand erreicht.

> Von Franc Dewalt

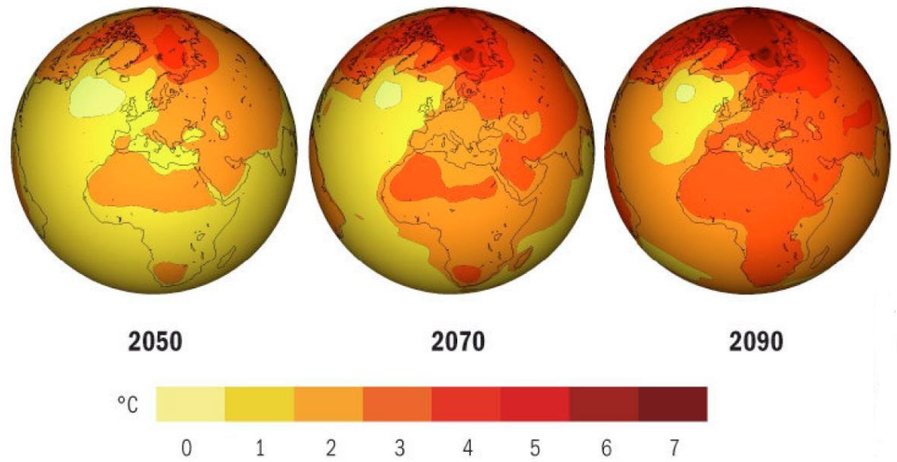
Das immer wieder zitierte Zwei-Grad-Ziel reicht nicht, um die Erderwärmung zu stoppen, darin stimmen inzwischen Klimaforscher rund um die Welt überein. Erwärmt sich die Erde um über mehr als 1,5 Grad, im Vergleich zum vorindustriellen Niveau, werden die Folgen krass – erste Anzeichen sind bereits deutlich sichtbar: ernste Dürreperioden mit ausgetrockneten Böden, starken Schäden für die Landwirtschaft und extremen Feuersbrünsten. Dazu kommen Starkregen mit Überschwemmungen und ungekannt starke Stürme.

DIE ERWÄRMUNG STEIGT WEITER

Soll man das Klima besänftigen wollen, muss die Weltgemeinschaft aufhören zu zweifeln über Ursachen und Folgen, die Phase der Statements verlassen und handeln, mit unmittelbaren, starken Programmen. Nach nur drei Jahren Stagnation, wo jeder Klimazweifler laut getrommelt und von Fake News gefaselt hat – insbesondere Donald Trump – haben die Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid einen neuen Rekordstand von 53,5 Gigatonnen erreicht (Emissions Gap Report).
Lassen wir, alle Menschen, die heutigen Trends weiter zu, dürfte sich die Erde in den nächsten 50-80 Jahren um rund drei Grad erwärmen. Nur gerade Brasilien, China und Japan liegen heute, in ihren Anstrengungen bei den Treibhausgas-Emissionen gegenzusteuern, auf Kurs, meldete die Weltorganisation für Meteorologie der Vereinten Nationen zuletzt.

KEIN WENDEPUNKT IN SICHT

Im Unep-Bericht (United Nations Environment Programme) finden sich die Resultate aller zurzeit verfügbaren wissenschaftlichen Studien zum Klimawandel. Obwohl daraus folgend bei der Pariser Klimakonferenz 2015 wichtige Entscheide gefasst wurden, die Erderwärmung zu begrenzen, haben die Treibhausgasemissionen weiter zugenommen und ein Wendepunkt ist nicht in Sicht. Der Weltklimarat IPCC postulierte Anfang Oktober, dass wir sofort das 1,5 Grad-Ziel ins Auge fassen sollten, um Schlimmeres zu verhindern. Es braucht dazu aber schnelle, weitreichende und beispiellose Änderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, sonst wird's wirklich warm auf der blauen Kugel.



Erderwärmung in Grad °C (ohne Massnahmen)

...UND AUCH IN DER SCHWEIZ

40 Grad und mehr bei uns in Hitzeperioden, Dürren ohne jeden Regen über Monate, Gletscherschmelze, Winter ohne Schnee, heftige Fels- und Erdrutsche, Grossfeuer in unseren Wäldern, Ernteausfälle und dadurch massive höhere Preise für Landwirtschaftsprodukte, Benzinmangel, da die Flüsse den Transport nicht mehr zulassen – auch in der Schweiz!

BLINDE, OPPURTUNISTISCHE POLITIK

Wissenschaftler machen den Regierungen seit Jahren viele – meist ungehörte – Vorschläge: Nutzen aller technischen Innovationen, wie Elektroantriebe, neue Heizsysteme etc. und dazu eine geschickte Steuerpolitik mit Lenkungsabgaben, die den klimapolitischen Umbruch fördern. Sie fordern die Regierungen auf, alternative Produktionsprozesse mit geringen Emissionen zu subventionieren, fossile Energieträger abzustellen und bis dann massiv zu verteuern, CO_2-Emissonen mit teuren Abgaben zu „bestrafen". – Krasse Forderungen?

Nein! Es geht letztendlich um unser Leben und Überleben auf diesem Planeten und um das der nächsten Generationen. Es geht, schneller als wir es wahrhaben wollen, auch darum, massive Konflikte um Wasser und Lebensräume zu verhindern. Sturmfluten und Überschwemmungen sowie Dürren mit Wassermangel und Hungersnöten werden weiter zunehmen, und die Welt ist darauf in vielen Fällen kaum vorbereitet. Jeder Mensch wird davon betroffen sein. Wird die Lage in vielen Bereichen der Erde dramatischer, werden Menschen millionenfach aus ihren Ländern fliehen, um in gemässigtere Zonen zu gelangen.

Inzwischen beschwören die Blindheit der Politiker und das Zaudern der Regierungen eine katastrophale globale Erwärmung mit brutalen regionalen Auswirkungen herauf, denn der Planet ist daran, sich unwiderruflich zu verändern. Wie stark, können wir jetzt noch mitentscheiden.

WAFFENEXPORTBERICHT

WAS WIR NICHT WISSEN SOLLTEN

Rund ein Prozent der weltweiten Waffenexporte kommt aus der Schweiz. Sie rangiert laut einem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri auf Platz 14 der grössten Waffenexporteure. Entsprechend war der Bericht der Finanzkontrolle (EFK) Dynamit. Er thematisierte eine fragwürdige Nähe von amtlichen Kontrolleuren zur Waffenindustrie. Deren Arbeit sei «wenig wirksam».

> In Zusammenarbeit mit „oeffentlichkeitsgesetz.ch“

- Nachdem zuvor bereits publik geworden war, dass der Bundesrat auf Ersuchen von Waffenproduzenten Exporte in Bürgerkriegsländer erleichtern möchte, brachte der EFK-Report die Stimmung in breiten Teilen der Öffentlichkeit zum Kippen.
- Unter dem öffentlichen Druck sistierte der Bundesrat die praktisch schon beschlossene Lockerung der Exportbestimmungen.
- Politiker von links bis weit in die Mitte kündigten mit Vertretern der Zivilgesellschaft eine Volksinitiative an, die laut Politologen gute Chancen hat.
- Der Nationalrat überwies eine Motion der politischen Mitte, die den Bundesrat zwingen würde, Änderungen der Exportbestimmungen dem Parlament vorzulegen.

Waffen für die Welt: Ein Mitarbeiter des Schweizer Waffenkonzerns Ruag demonstriert in Bure (JU) ein Übungsgewehr. (Foto: Georgios Kefalas/Keystone)

Der Bericht war Dynamit. Doch für die Öffentlichkeit war er entschärft worden: Die Verantwortlichen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) und des Wirtschaftsdepartements WBF hatten die EFK-Analyse vor dem Erscheinen grossflächig geschwärzt. 30 Inhaltsseiten umfasste der Originalbericht inklusive Inhaltsverzeichnis und Anhang. 18 Seiten waren im zensierten Bericht ganz oder teilweise geschwärzt.

WAS VERBIRGT SICH HINTER DEN SCHWARZEN STELLEN?

Die Rundschau kam in den Besitz des ungeschwärzten Originalberichts und berichtete zwei Tage nach der Publikation des teilweise zensierten Berichts über die Passagen, von denen die Öffentlichkeit nichts hätte erfahren sollen.

So schwärzten die Staatsangestellten eine Liste von Bundesratsbeschlüssen, die erstmals zeigt, nach welchen internen Grundlagen der Bundesrat über Exportgesuche entscheidet. Erstmals ist ersichtlich, wie viele Waffenausfuhr-Entscheide unter der Ägide von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann zustande kamen (neun von elf seit dem Jahr 2000). Wie die NZZ später feststellte, sind darunter auch Beschlüsse, die bereits publik sind. Trotzdem wurde die gesamte Liste geschwärzt.

Bei der Statistik der Bewilligungen von Ausfuhrgesuchen übermalten die Schwärzer vom Dienst eine unbequeme Aufschlüsselung. Diese zeigt, dass die wenigen Ablehnungen von Gesuchen allesamt aus dem Aussendepartement kamen.

Zum ersten Mal konnte mit den Zahlen im ungeschwärzten Bericht auch das Verhältnis von unbewilligtem und bewilligtem Volumen gezeigt werden (17 Mio. Fr. gegenüber 2195 Mio. Fr.). Ein Vergleich zwischen der geschwärzten und der ungeschwärzten Version des Berichts zeigt, dass die

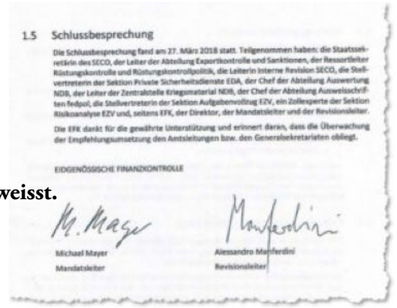
1.5 Schlussbesprechung

Die Schlussbesprechung fand am 27. März 2018 statt. Teilgenommen haben: die Staatssekretärin des SECO, der Leiter der Abteilung Exportkontrolle und Sanktionen, der Ressortleiter Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollpolitik, die Leiterin Interne Revision SECO, die Stellvertreterin der Sektion Private Sicherheitsdienste EDA, der Chef der Abteilung Auswertung NDB, der Leiter der Zentralstelle Kriegsmaterial NDB, der Chef der Abteilung Ausweisschriften fedpol, die Stellvertreterin der Sektion Aufgabenvollzug EZV, ein Zollexperte der Sektion Risikoanalyse EZV und, seitens EFK, der Direktor, der Mandatsleiter und der Revisionsleiter.

Die EFK dankt für die gewährte Unterstützung und erinnert daran, dass die Überwachung der Empfehlungsumsetzung den Amtsleitungen bzw. den Generalsekretariaten obliegt.

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE

Autoren geweisst...


1.5 Schlussbesprechung

Die Schlussbesprechung fand am 27. März 2018 statt. Teilgenommen haben: die Staatssekretärin des SECO, der Leiter der Abteilung Exportkontrolle und Sanktionen, der Ressortleiter Rüstungskontrolle und Rüstungskontrollpolitik, die Leiterin Interne Revision SECO, die Stellvertreterin der Sektion Private Sicherheitsdienste EDA, der Chef der Abteilung Auswertung NDB, der Leiter der Zentralstelle Kriegsmaterial NDB, der Chef der Abteilung Ausweisschriften fedpol, die Stellvertreterin der Sektion Aufgabenvollzug EZV, ein Zollexperte der Sektion Risikoanalyse EZV und, seitens EFK, der Direktor, der Mandatsleiter und der Revisionsleiter.

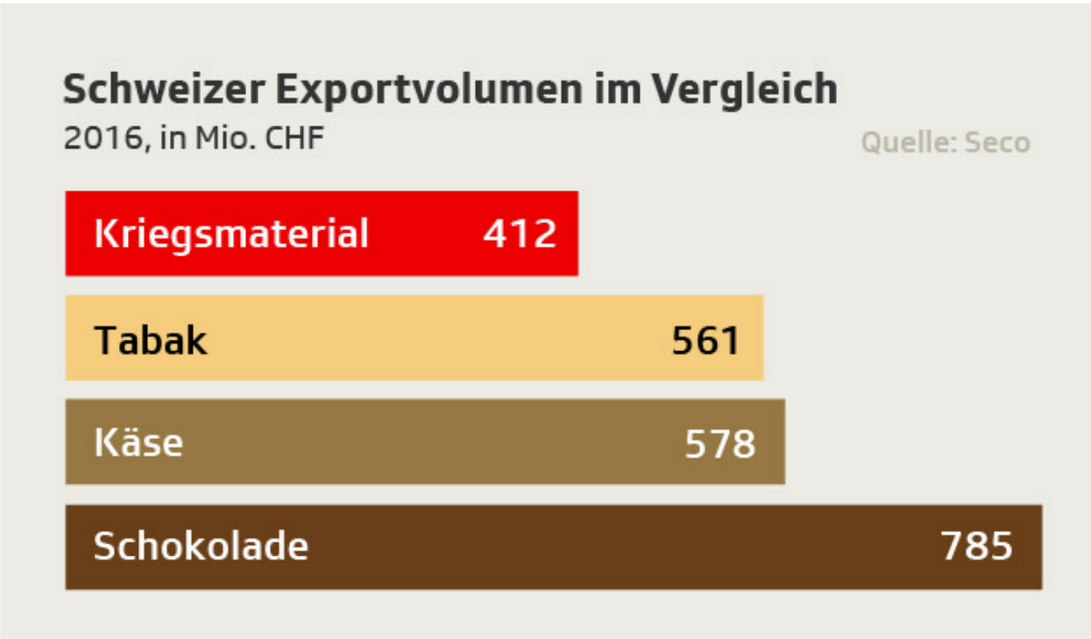
Die EFK dankt für die gewährte Unterstützung und erinnert daran, dass die Überwachung der Empfehlungsumsetzung den Amtsleitungen bzw. den Generalsekretariaten obliegt.

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE

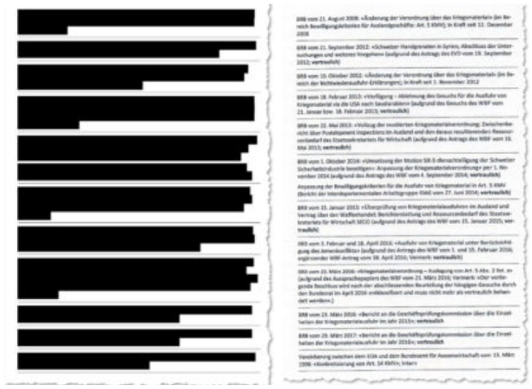
Michael Mayer
Mandatsleiter

Alessandro Manferdini
Revisionsleiter

...und ungeweisst.



Schwärzer auch bereits publizierte Zahlen unkenntlich machten, wie zum Beispiel die Anzahl abgelehnter Gesuche. Durch die komplette Schwärzung der Passage fehlte dem Leser jeder Hinweis darauf, welche Art von Informationen geheim gehalten werden sollte.



Bundesratsbeschlüsse geschwärzt und ungeschwärzt.

Ein weiteres Beispiel grosszügiger Schwärzung betrifft Zahlen zur Strafverfolgung. So zensierten die Bundesangestellten eine Statistik der Bundesanwaltschaft über die Anzahl der Fälle von Zuwiderhandlungen gegen das Kriegsmaterialgesetz. Es ist aus dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar, wieso eine solche Statistik, die Aufschluss über die Arbeit der Behörden gibt, geheim bleiben soll. Durch die grosszügige Schwärzung weiss der Leser nicht einmal, dass es sie gibt.

Die Finanzkontrolle zeichnet sich seit einigen Jahren durch vorbildliche Transparenz aus und eckt damit immer wieder an bei der Bundesverwaltung. Mit wenigen Ausnahmen macht sie alle Berichte der Öffentlichkeit zugänglich. Grosszügige Schwärzungen kann die Kontrollbehörde aber nicht verhindern. Sie schickt Berichte jeweils vorgängig an die kontrollierte Stelle, die Schwärzungen beantragen darf.

So liegt auch im vorliegenden Fall die Verantwortung für die Schwärzungen beim Seco und dem WBF. Ein Blick in die BGÖ-Statistik zeigt: 2017 hat das Wirtschaftsdepartement über 60 % der BGÖ-Gesuche entweder voll oder teilweise verweigert (zum Vergleich EDA: 16,4 %, UVEK: 49,3 %).

«DAS SECO FRAGEN, WESHALB TEILE DES BERICHTS GESCHWÄRZT WORDEN WAREN»

Dass das WBF nicht an Transparenz interessiert sei, lassen die Verantwortlichen nicht gelten. Nachdem die Rundschau den unzensierten EFK-Bericht thematisiert hatte, kritisierte Noe Blancpain, Kommunikationschef des WBF, die Berichterstattung in einem Schreiben an die Redaktion: «Wir verstehen nicht, warum Herr Imbach es unterliess, das Seco zu fragen, weshalb Teile des Berichts geschwärzt worden waren. Der Grund ist simpel und hat rein gar nichts damit zu tun, dass WBF/Seco keine Transparenz wollen: Es handelt sich um Informationen aus dem vertraulichen Bericht des Bundesrats über die Kriegsmaterialausfuhr an die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte und teilweise geht es auch um hängige Geschäfte.»

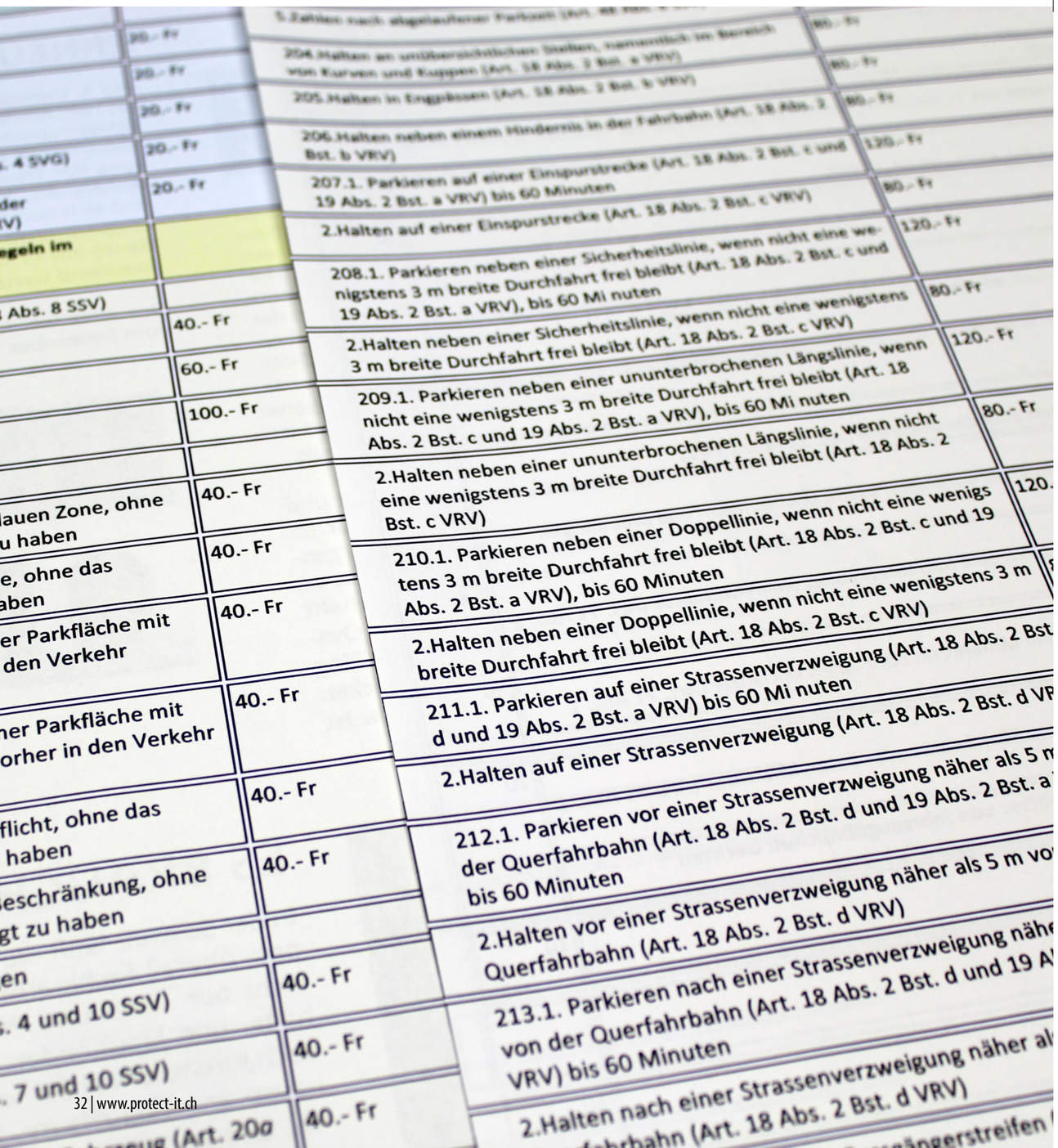
Die Reaktion aus der Bundesverwaltung zeigt die Problematik von Schwärzungen. Gegenüber der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, die Verwaltung habe etwas zu verbergen. In Zeiten von «Good Governance» und Öffentlichkeitsprinzip wird das je länger je weniger akzeptiert.

Dieser Eindruck wird verstärkt, weil für die Öffentlichkeit oft nicht nachvollziehbar ist, wieso die Verantwortlichen Sachverhalte verheimlichen wollen. Wenn die Verwaltung nicht von sich aus dazu übergeht, Schwärzungen zu erklären, wird sich wohl auch nichts an diesem Eindruck ändern. Gibt es einen nachvollziehbaren Grund, wird dies der Öffentlichkeit auch zu vermitteln sein. Wird weiterhin die Vermutung kultiviert, dass man im Zweifelsfall lieber grosszügig schwärzt, werden Geheimhaltungen auch in Zukunft schwer kommunizierbar sein.

Einen Fauxpas leistete sich bei der Aufbereitung des Berichts übrigens ausgerechnet die auf Transparenz bedachte Finanzkontrolle. Entgegen klarer Richtlinien des Öffentlichkeitsbeauftragten «weisste» sie die Unterschriften der beiden Mitarbeiter der Finanzkontrolle, die den Bericht verantworteten. Im Gegensatz zu Schwärzungen ist bei Weissungen für den Leser nicht einmal erkennbar, dass ihm etwas vorenthalten wird.

VERKEHRSREGELN UND ORDNUNGSBUSSEN IN DER SCHWEIZ

BUSSEN STEIGEN 2019



Das Strassenverkehrsgesetz definiert die Verkehrsregeln, ordnet den Verkehr auf den öffentlichen Strassen und regelt die Verantwortlichkeiten bei Schadensfällen. Alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer müssen sich an die Verkehrsregeln halten (Strassenverkehrsgesetz, Artikel 26 bis 57), sonst wird es teuer!

> Von Françoise Mégève

VERKEHRSREGELN UND SIGNALE

Beispiel: Fahren mit Licht am Tag
Motorwagen (z.B. Personenwagen, Liefer- und Lastwagen, Cars) und Motorräder müssen tagsüber mit Licht fahren. Von dieser Pflicht ausgenommen sind Mofas, E-Bikes und Velos sowie Fahrzeuge, die vor 1970 in Verkehr gesetzt wurden. Wer dagegen verstösst, wird mit einer Busse von 40 Franken bestraft.

ÜBERTRETUNG VON VERKEHRSREGELN IM AUSLAND

Grundsätzlich sind auch Bussen, die man im Ausland bekommt, zu bezahlen. So können auch allfällige Probleme bei einer erneuten Einreise vermieden werden. Dies gilt für Schweizer Lenker im Ausland und für ausländische Lenker in der Schweiz.

JETZT WIRD ES RICHTIG TEUER

So zahlen die Stadtzürcher im Durchschnitt 152 Franken an Bussen pro Kopf ab 2019. Budgetiert sind in der ganzen Schweiz zusammen für 2019 Einnahmen aus Bussen über eine Viertelmilliarde Franken. Das sind pro Kopf rund 45 Franken. – Rechnet die Stadt Zürich mit 152 Franken Busse pro Kopf und Jahr, so plant die Stadt Baden im Aargau mit 4'620'500 Franken, als 113 Franken pro Kopf. Das ist beinahe doppelt so viel wie 2018. Grund für den Anstieg ist die erste fix installierte Radaranlage im ganzen Kanton. Rechnet der Kanton Solothurn mit durchschnittlich 6 Franken pro Kopf, möchte Uri 107 Franken einstreichen! Manch einen beschleicht die Vermutung, dass hier vielerorts gezielt die gefüllte Staatskasse wichtiger ist, als die eigentlich gewollte, erzieherische Wirkung der Bussen.

Pro-Kopfvergleich einiger Städte und Kantone

Stadtpolizei Zürich:
152 Franken/Kopf

Stadtpolizei Baden:
113 Franken/Kopf

Kantonspolizei Uri:
107 Franken/Kopf

Kantonspolizei Basel-Stadt:
79 Franken/Kopf

Kantonspolizei Schwyz:
44 Franken/Kopf

Kantonspolizei Bern:
39 Franken/Kopf

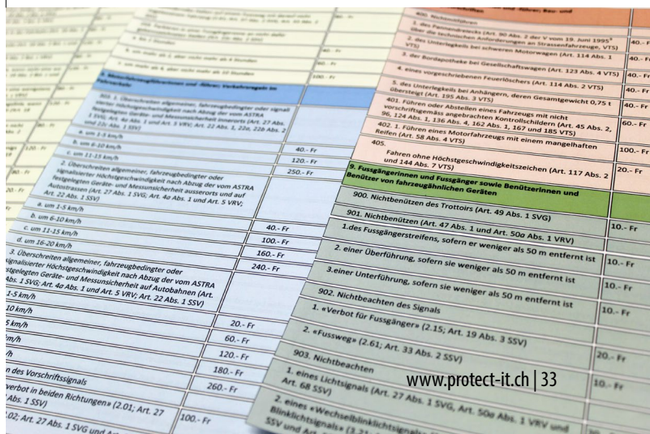
Kantonspolizei St. Gallen:
43 Franken/Kopf

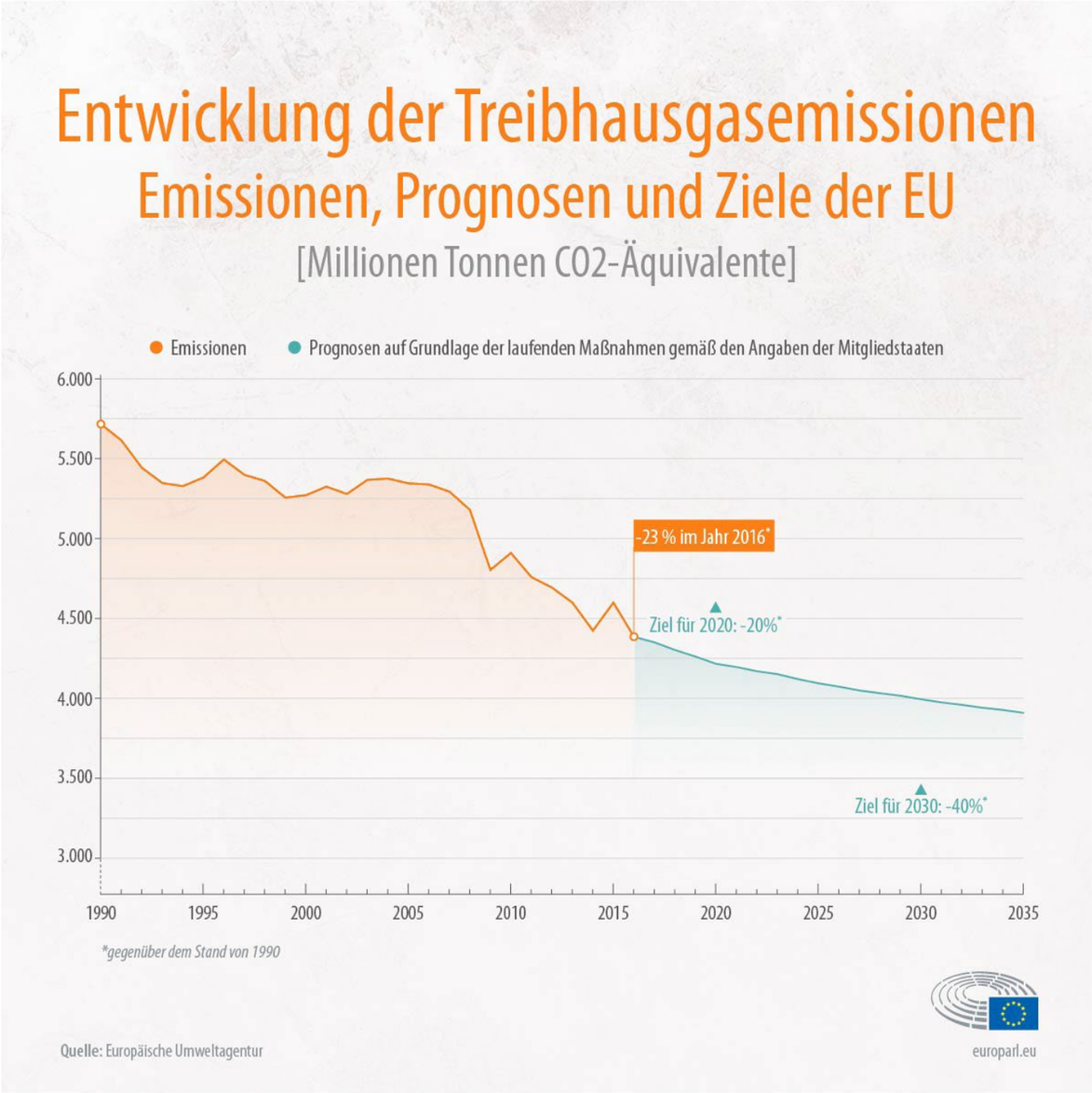
Stadtpolizei Aarau:
30 Franken/Kopf

Stadtpolizei Luzern:
19 Franken/Kopf

Kantonspolizei Aargau:
7 Franken/Kopf

Kantonspolizei Solothurn:
6 Franken/Kopf





KLIMAWANDEL

WAS TUT EUROPA, WAS DIE SCHWEIZ?

Welche Massnahmen ergreift die EU, um ihre Ziele zur Verringerung der CO_2-Emissionen in verschiedenen Sektoren zu erreichen?

> Von Anton Wagner

DIE ZIELE DER EU

Um dem gefährlichen Klimawandel entgegenzuwirken, haben die EU-Staats- und Regierungschefs im Oktober 2014 den „Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030" festgesetzt: Dieser beinhaltet das verbindliche Ziel, die Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Dazu hat sich die EU auch im Pariser Klimaabkommen verpflichtet.
Im Jahr 2015 ist die Menge der Treibhausgasemissionen in der EU bereits um 22 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 gesunken. Nach den neuesten Prognosen der Mitgliedstaaten auf Grundlage der laufenden Massnahmen, bleibt die EU auf dem Weg, ihr Ziel zu erreichen. Es wird erwartet, dass die Emissionen im Jahr 2020 um 26 Prozent niedriger sein werden als 1990.

Erste Schätzungen besagen jedoch, dass die Treibhausgasemissionen in der EU im Jahr 2017 wieder gestiegen sind. Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz COP24, die im Dezember in Katowice (Polen) stattgefunden hat, debattierte die EU über eine Verschärfung ihrer eigenen Ziele für 2030 und ihre 2050-Strategie.

Und die Schweiz?
Die Schweiz will bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent senken. Mindestens 30 Prozent dieser 50%-Reduktionen sollen durch inländische Massnahmen erzielt werden. Die übrigen 20 Prozent können über Projekte im Ausland herbeigeführt werden.

DAS EU-EMISSIONSHANDELSSYSTEM FÜR DIE INDUSTRIE

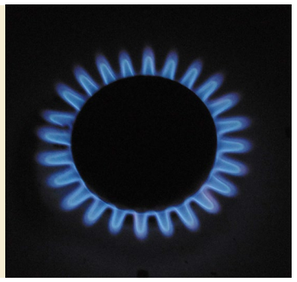
Das Emissionshandelssystem der EU (EU-EHS) zielt darauf ab, die CO_2-Emissionen der Industrie zu reduzieren, indem Unternehmen dazu verpflichtet werden, für jede emittierte Tonne CO_2 eine Berechtigung (in Form von Emissionszertifikaten) zu besitzen. Unternehmen müssen diese Zertifikate über Auktionen kaufen. Es werden Anreize geschaffen, um die Innovation im Industriesektor anzukurbeln.
Der EU-Emissionshandel ist der weltweit erste bedeutende und bislang grösste Kohlenstoffmarkt. Er reguliert rund 45 Prozent des gesamten Treibhausgasausstosses und deckt rund 11.000 Kraftwerke und industrielle Fertigungsanlagen in der EU ab. Ziel ist die Reduktion der Emissionen um 43 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005.

Und die Schweiz?
Die Schweiz fördert den Emissionshandel mit CO_2-Rechten und -Zertifikaten. Der Emissionshandel ermöglicht es, Emissionen da zu reduzieren, wo die Kosten tief liegen. So lassen sich Klimaschutzziele kostengünstig erreichen. Mit Emissionsrechten und Emissionsminderungszertifikaten handeln insbesondere Unternehmen und spezialisierte Händler. Sowohl die Importeure von Treibstoff wie auch die Betreiber von fossil-thermischen Kraftwerken sind zur Kompensation von CO_2-Emissionen verpflichtet.

EU ZUR REDUKTION DES TREIBHAUSGASAUSSTOSSES ANDERER VERURSACHERGRUPPEN

Sektoren, die nicht vom EU-Emissionshandel abgedeckt werden, etwa Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude und Abfallwirtschaft, sind für fast 60 Prozent der Gesamtemissionen in der EU verantwortlich. Emissionen dieser sogenannten Nicht-EHS-Sektoren sollen bis 2030 um 30 Prozent im Vergleich zu 2005 gesenkt werden. Dies geschieht über vereinbarte nationale Emissionsziele, die auf der Basis des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf errechnet werden. Einkommensschwächere EU-Länder werden unterstützt.

Und die Schweiz?
Der Gebäudesektor verursacht ca. ein Drittel der Schweizer CO_2-Emissionen. Hier setzen kantonale Gebäudestandards und das Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen an. Ein zentrales Instrument zur Erreichung der gesetzlichen Klimaschutzziele ist die CO_2-Abgabe. Sie ist eine Lenkungsabgabe und wird seit 2008 auf fossilen Brennstoffen wie Heizöl oder Erdgas erhoben.

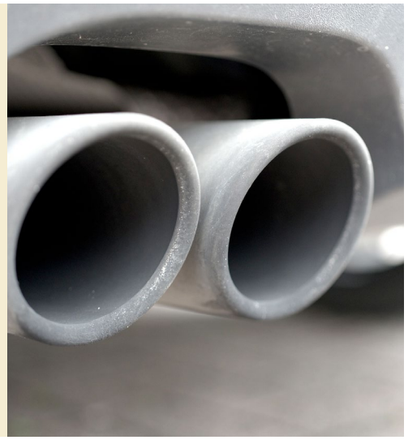


SENKUNG VON FAHRZEUGEMISSIONEN IN DER EU

15 Prozent der CO2-Emissionen in der EU werden von Autos und Kleintransportern verursacht. Die EU arbeitet nun an einem Gesetz zur Verschärfung der Emissionsvorschriften für Autos. Das EU-Parlament fordert auch Massnahmen, um den Wechsel auf Elektro- und Hybridfahrzeuge zu erleichtern.

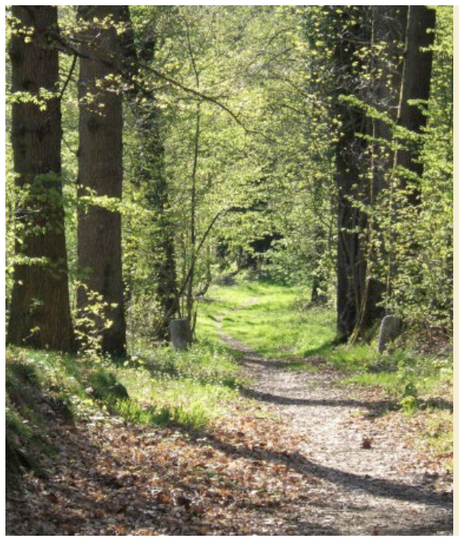
Und die Schweiz?
Analog zur EU gelten in der Schweiz CO_2-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen: Seit 2015 darf die Neuwagenflotte im Durchschnitt höchstens 130 Gramm CO_2 pro Kilometer ausstossen. Ab 2020 gelten für Personenwagen ein Zielwert von 95 Gramm CO_2 pro Kilometer.

Zusätzlich werden CO_2-Emissionsvorschriften für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper eingeführt. Sie müssen einen Zielwert von durchschnittlich 147 Gramm CO_2 pro Kilometer einhalten.



EU MIT WEITEREN MASSNAHMEN

Die Wälder der EU absorbieren pro Jahr das Äquivalent von 10,9 Prozent der gesamten EU-Treibhausgasemissionen. Diese Kraft will die EU gegen den Klimawandel einsetzen. Neue Gesetze zielen darauf ab, Emissionen, die durch Abholzung entstehen, zu vermeiden. Jedes EU-Land wird dazu verpflichtet, Landnutzungsänderungen, die zu CO_2-Emissionen führen, durch eine verbesserte Bewirtschaftung seiner Wälder oder Aufforstung zu kompensieren.



Und die Schweiz?
Breitere Abstützung: Das CO_2-Gesetz sieht auch Massnahmen in Bildung und Kommunikation vor, um andere gesetzliche Massnahmen zu verstärken und den freiwilligen Klimaschutz zu fördern.

Innovation: Mit einem Technologiefonds fördert der Bund Innovationen, die Treibhausgase oder den Ressourcenverbrauch reduzieren, den Einsatz erneuerbarer Energien begünstigen und die Energieeffizienz erhöhen. Bürgschaften erleichtern es innovativen Unternehmen, Darlehen aufzunehmen.

Bündnisse: Das Umweltschutzgesetz und das CO_2-Gesetz ermöglichen es dem Bund, Vereinbarungen mit verschiedenen Wirtschaftszweigen abzuschliessen.

32 ANHALTENDE KRIEGE UND KONFLIKTE

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung bringt einmal im Jahr eine Übersicht über die Kriege und bewaffneten Konflikte, die im vorangegangenen Jahr stattgefunden haben.

> In Zusammenarbeit mit «Die Weltsicht», aktualisiert am 19.09.2018

Als Krieg werden gewaltsame Konflikte bezeichnet, die beständig andauern und organisiert sind. Eine der Kriegsparteien müssen reguläre Streitkräfte einer Regierung sein. Wenn diese Eigenschaften nicht zutreffen, spricht man von einem bewaffneten Konflikt statt von einem Krieg. Zurzeit finden weltweit 22 Kriege und 10 bewaffnete Konflikte statt.

- Afghanistan, seit 1978
- Ägypten, seit 2013
- Algerien, seit 1992
- Armenien/ Aserbeidschan, seit 2013 (bewaffneter Konflikt)
- Burundi, seit 2015
- DR Kongo (Ostkongo), seit 2005
- Indien (Assam), seit 1990 (bewaffneter Konflikt)
- Indien (Kaschmir), seit 1990
- Indien (Manipur), seit 2015 (bewaffneter Konflikt)
- Indien (Naxaliten), seit 1997
- Irak, seit 1998
- Jemen, seit 2010
- Kolumbien (FARC)*, seit 1964
- Libyen, seit 2011 (bewaffneter Konflikt)
- Mali, seit 2012
- Mosambik, seit 2013
- Myanmar, seit 1984
- Nigeria, seit 2009
- Pakistan, seit 2007
- Philippinen (Mindanao), seit 1970
- Philippinen (NPA), seit 1970 (bewaffneter Konflikt)
- Russland (Nordkaukasus), seit 1999
- Somalia, seit 1988
- Sudan (Blauer Nil, Südkordofan), seit 2011
- Sudan (Darfur), seit 2003
- Südsudan, seit 2010
- Syrien, seit 2011
- Thailand (Südthailand), seit 2004
- Tunesien, seit 2013 (bewaffneter Konflikt)
- Türkei (Kurdistan), seit 2014
- Ukraine, seit 2014
- Zentralafrikanische Republik, seit 2006

*In Klammern: Region oder Konfliktpartei

Nicht alle Kriege betreffen ein ganzes Land, viele beschränken sich auf eine bestimmte Region des Landes. In manchen Ländern gibt es gleich mehrere Kriegsregionen, wie zum Beispiel in Indien. So gab es beispielsweise im Nordosten Indiens, in dem Bundesstaat Manipur, in letzter Zeit wieder so viel Gewalt, dass dort erneut von einem bewaffneten Konflikt gesprochen werden kann.

Einige Kriege gibt es schon seit sehr vielen Jahren wie beispielsweise im Sudan. Manche Konflikte sind ganz neu entstanden wie zum Beispiel in Burundi und andere Kriege sind zum wiederholten Mal ausgebrochen, obwohl sie schon einmal beendet waren.

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina wird 2015 von den Forschern und Forscherinnen nicht mehr zu den Kriegen und bewaffneten Konflikten gezählt. Trotzdem kommt es dort immer noch fast täglich zu Gewaltausschreitungen auf beiden Seiten. Auch andauernde Kriegszustände, die durch kein offizielles Friedensabkommen beendet sind, bei denen aber keine aktuellen Militärkonflikte vorkommen (abgesehen von Scharmützeln), wie zwischen Nord- und Südkorea, werden nicht zu den oben aufgeführten Kriegen gezählt.

P.S. Laut einer Untersuchung kamen seit Ende des Zweiten Weltkriegs in 37 Staaten mindestens 20 Millionen Menschen durch Kampfhandlungen ums Leben, die direkt auf die USA zurückzuführen sind.

RISIKO-KARTE FÜR REISENDE

SICHER REISEN?

Terrorgefahr, Seuchen, Naturkatastrophen: Reisende möchten sicher sein, bei privaten oder Business-Reisen. Die Travel-Risk-Map zeigt, wo Gefahren lauern.

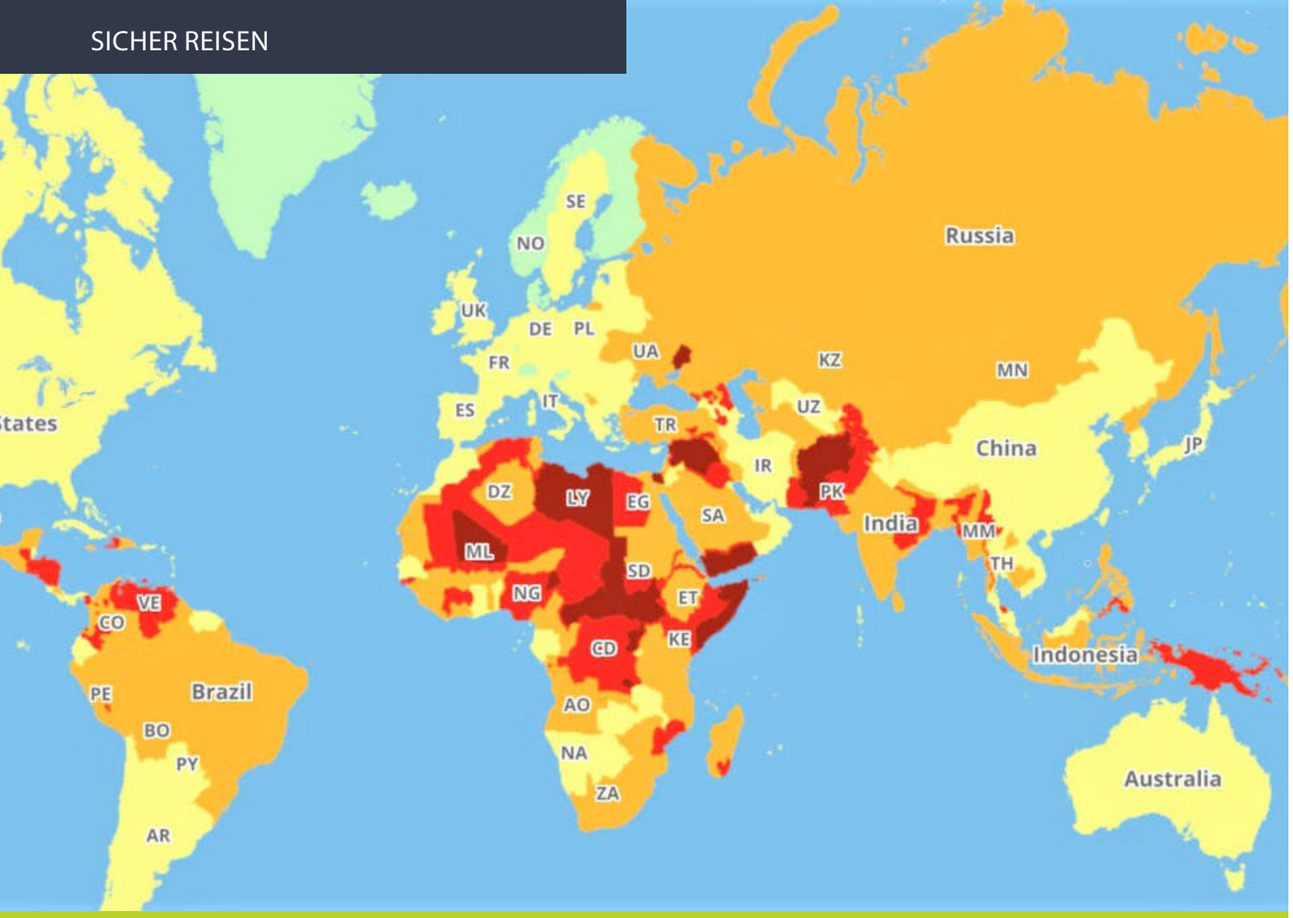
> Von Franco Martousche

In welche Länder kann man 2019 reisen? Welche sind zu gefährlich? Welche sehr sicher? Darüber gibt die „Travel Risk Map“ Aufschluss, die jedes Jahr von „SOS International“ und „Control Risks“ veröffentlicht wird. Die Beratungsunternehmen, mit Sitz in London und Singapur, sind auf globales Sicherheitsrisiko spezialisiert und sichern alle Arten von Reisenden ab - mit Vorbereitungen, Tracking und im Notfall weiteren Massnahmen. Grundlage für die Travel Risk Map sind Experten-Analysen der aktuellen Sicherheitslagen vor Ort. Damit werden die wichtigsten Fragen beantwortet: Wie hoch ist das Risiko durch Terror und Gewalt? Wie gefährlich der Strassenverkehr? Und wo gibt es medizinische Probleme wie Dengue-Fieber und Malaria?

Jetzt ist die „Travel Risk“-Weltkarte für 2019 da, auf der die Länder nach Höhe der Sicherheits- und medizinischen Risiken eingestuft werden.

KLEINSTE RISIKEN

2018 ist, bezogen auf Reiserisiken, etwa gleich geblieben wie das Jahr zuvor. Laut der Travel Risk Map liegen die sichersten Länder der Welt fast alle in Europa. Es sind: Island, Norwegen, Finnland, Dänemark, Luxemburg, Schweiz, Slowenien und Grönland. Das Risiko ist «niedrig» in den USA, Chile, Namibia, Deutschland und sonstigen europäischen Ländern. Positiv hat sich die Lage in folgenden Ländern entwickelt: Tripolis und der grösste Teil des Bekaa-Tals im Libanon: von hoch auf mittel, da es zu weniger Angriffen und Gewaltausbrüchen zwischen rivalisierenden Gruppen kam; Aserbaid-



Politische Gewalt, Terrorismus, Kriminalität, soziale Unruhen und Krankheitsepidemien beeinflussen die Reisesicherheit weltweit.

schan: von mittel auf niedrig, da die Kriminalitätsrate in der Hauptstadt Baku niedrig bleibt und die Antiterrorfähigkeiten der Sicherheitskräfte wirksam sind; Georgien: von mittel auf niedrig, da das Sicherheitsumfeld des Landes stabil ist; Mombasa in Kenia: von hoch auf mittel, da es zu weniger militanten Aktivitäten und sozialen Unruhen kommt.

EXTREME RISIKEN

„Extrem hoch“ bleibt das Sicherheitsrisiko in Ländern wie Somalia, Südsudan, Libyen, Jemen, „hoch“ in Ländern wie Pakistan, in Teilen Indiens oder in Venezuela. Negativ hat sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr in diesen Ländern entwickelt: in den Regionen Baja California, Colima, Tabasco und Veracruz in Mexiko: Die Risikoeinstufung änderte sich von mittel auf hoch, aufgrund organisierter Drogenkriminalität und Gewalt; Hauptstadt Male und Addu City (Addu Atoll) in den Malediven: von niedrig auf mittel, aufgrund anhaltender politischer Spannungen und Unruhen; Nicaragua: von mittel auf hoch, aufgrund anhaltender politischer Unruhen und Gewalt; in den Provinzen Tapoa, Komandjari und Kompienga in Burkina Faso: von mittel auf hoch, aufgrund bewaffneter Überfälle und militanten Aktivitäten.

FÜR 2019 IST MIT INSTABILEN LAGEN ZU RECHNEN IN:

Algerien: Dort wird der schwerkranke Präsident Abd al-Aziz Bouteflika im Frühjahr für eine fünfte Amtszeit kandidieren; dem Mittleren Osten aufgrund der Rivalität zwischen Iran und Saudi-Arabien, die Folgen für die gesamte Region hat. Brasilien ist nach der Wahl des rechtsradikalen Jair Bolsonaro zum Präsidenten unsicherer als Südafrika. Anders als Gefährdungen durch politische Lagen, Terror oder Naturkatastrophen ändern sich medizinische Risiken im Allgemeinen nicht so schnell. Bei Sicherheitskrisen jedoch verschlechtert sich oft auch die Gesundheitsversorgung - zurzeit etwa in Venezuela. Verbessert hat sich das Gesundheitssystem in der Türkei und osteuropäischen Ländern wie Rumänien.

AKTUELL SIND FOLGENDE ENTWICKLUNGEN ZU BEACHTEN

Die Ausbreitung des Dengue-Fiebers ist nicht zu stoppen, erste Fälle traten in Spanien und China auf. Das Tuberkulose-Risiko ist in Ländern wie Russland oder China nicht im Griff. Das Malaria-Risiko bleibt etwa in Länden Westafrikas hoch. Auch kommen erkrankte Reisende zurück, obwohl die Ansteckung durch Prophylaxe vermeidbar gewesen wäre. Sogenannte Kinderkrankheiten wie Masern, Mumps und Polio verbreiten sich heftig. Die Travel Risk Map bietet nicht nur beruflich Reisenden und ihren Arbeitgebern einen Anhaltspunkt, sondern auch Urlaubern. Privat Reisende sind mancherorts zum Teil höheren Risiken ausgesetzt, weil sie sich im Land bewegen und in weniger geschütztem Rahmen reisen. Beziehungsweise gibt es manche Länder auf der Welt, in die man wohl nur reist, wenn man dort arbeiten muss. Die Einschätzung der politischen Ämter weicht daher für manche Länder ab.

QUADRAPORT®
SICHERHEITSTÜREN
ADLO 4
Stahlsicherheitstür für höchste Ansprüche!
Sieht aus wie eine Holztür und fühlt sich an wie eine Holztür.

Eine feuerhemmende EI 30 Stahlsicherheitstür in der Widerstandsklasse (RC) 4 ist einmalig und fast uneinbrechbar.

QUADRAGARD EINBRUCHSCHUTZ
Martin Eichholzer AG
Bachmattweg 13
8048 Zürich

Tel. 044 434 10 10
Fax. 044 432 2894

KLIMAWANDEL

1:0 FÜR DIE ERDE

In Kattowitz, der polnischen Gastgeberstadt der UN-Klimakonferenz wurde nach langen Verhandlungen und mit 30 Stunden Verspätung das Vorgehen für die praktische Umsetzung des Pariser Klimaabkommens gebilligt. Die 196 Staaten der Welt haben ein umfassendes Regelwerk verabschiedet mit dem Ziel, die Erderwärmung auf gegen 1,5 ° C zu begrenzen.

> Von Ernest A. Gillmore

Bis jetzt ist es auf der Erde bereits rund ein Grad wärmer als zur vorindustriellen Zeit. Es gilt nun, den Ausstoss von Treibhausgasen, vor allem aus der Verbrennung von fossilen Quellen wie Kohle und Öl , aber auch den aus der Tierhaltung rasch und drastisch zu reduzieren.

LANGSAM – ZU LANGSAM

Die Politik nimmt sich immer noch zu viel Zeit für ihre Entscheide und Massnahmen. Die vier Jahre seit der Klimakonferenz von Paris im Jahr 2015 waren gemäss den Analysen der Weltwetterorganisation die vier wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen im 19. Jahrhundert.
Und so stiegen die Temperaturen stetig an seit mehr als 20 Jahren. Gelingt es nicht, den Trend zu stoppen, werden wir Ende dieses Jahrhunderts in einer drei bis vier Grad wärmeren Welt leben. Die fatalen Folgen sind schon länger bekannt: mehr Hitzewellen, lange Dürren sowie extreme Stürme, Starkregen und Hochwasser.

EXPERTEN MAHNEN

Nach einem erneuten Jahr voller Klima-Katastrophen und der immer eindringlicheren Warnung von den besten Wissenschaftlern der Welt, sollte endlich auch der Politik klar sein, dass es höchste Zeit ist, zu reagieren, insbesondere wenn die Zerstörung von grossen Regionen ja, sogar ganzer Nationen droht.

Problematisch ist, trotz der erfreulichen Konferenzresultate, dass wirtschaftlich schwache, arme und auch besonders verletzliche Staaten die Last starker Massnahmen gegen die Erwärmung der Welt finanziell und wegen mangelnder Infrastrukturen nicht ohne Hilfe tragen können

So sorgten genau diese Fragen rund um Finanzhilfen der reicheren Länder für die ärmeren in Kattowitz für heisse Köpfe. Die vom Klimawandel besonders gefährdeten Staaten hatten ein deutliches Signal zu ihren Gunsten und Problemen eingefordert. Dies gelang jedoch nicht. Ein Bündnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird weiter diskutiert werden müssen, am nächsten UN-Klimagipfel in Chile, entweder im Dezember 2019 oder Januar 2020.

Regelwerk für alle

196 Staaten der Welt haben nun, am 15.12.2018, zentrale Regeln in einem Klimavertrag festgehalten:

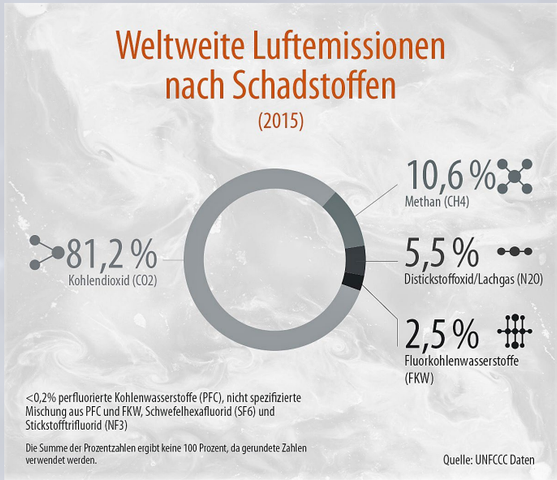
- Bis 2020 werden alle Staaten aktualisierte Klimaziele vorlegen.
- Ab 2020: Die Staaten berichten ab dann alle zwei Jahre, welche Massnahmen umgesetzt werden, um ihre Treibhausgasemissionen zu senken. – Sie zeigen auch auf, wie sich die Emissionen entwickeln, ebenso werden Schäden und Verluste durch den Klimawandel erfasst; es dürfen nur anerkannte Messmethoden angewendet werden. (Es gelten nun Transparenzregeln und Standards zur CO2-Erfassung, damit die Klimaschutz-Anstrengungen der Staaten miteinander vergleichbar sind. Arme Länder erhalten etwas mehr Zeit, um die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen.)
- Ab 2023: erste Bilanz, die alle 5 Jahre zeigen soll, ob die Massnahmen der Staaten gegen die Erwärmung wirken. – Ein Uno-Komitee erstellt die Bilanzen für jeden Staat.
- Ab 2025: Industriestaaten und möglichst viele Schwellenländer erhöhen ihre Finanzmittel für den Kampf gegen den Klimawandel; Eingesetzte Mittel und ihre Effekte werden genau dokumentiert. Priorität haben Schutzmassnahmen gegen Wetterextreme und alternative Energieprojekte.
- Schäden und Verluste, die aufgrund des Klimawandels entstehen könnten, werden intensiv analysiert und diskutiert – daraus folgende Entschädigungsforderungen können aber nicht erhoben werden. (Laut dem Pariser Klimaabkommen müssen die Industrieländer ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz und Anpassung in armen Staaten zur Verfügung stellen, künftig bei den regelmässigen Bestandsaufnahmen zur Umsetzung des Paris-Abkommens erfasst. Dieser Punkt gilt als Erfolg besonders bedrohter Inseln, die sich für den Umgang mit Schäden, wie sie etwa der steigende Meeresspiegel verursacht, mehr Unterstützung wünschen.

Mit CO2-Zertifikaten handeln dürfen künftig nur noch Staaten, die sich den Regeln entsprechend bemühen, den CO2-Ausstoss zu reduzieren.

Diese Massnahme und der Druck der Öffentlichkeit wegen der Transparenz durch die Bilanzen und Berichte der UNO dürften die Staaten der Welt dazu anhalten, zu handeln. Bei Verstössen werden verantwortliche Staaten öffentlich benannt.

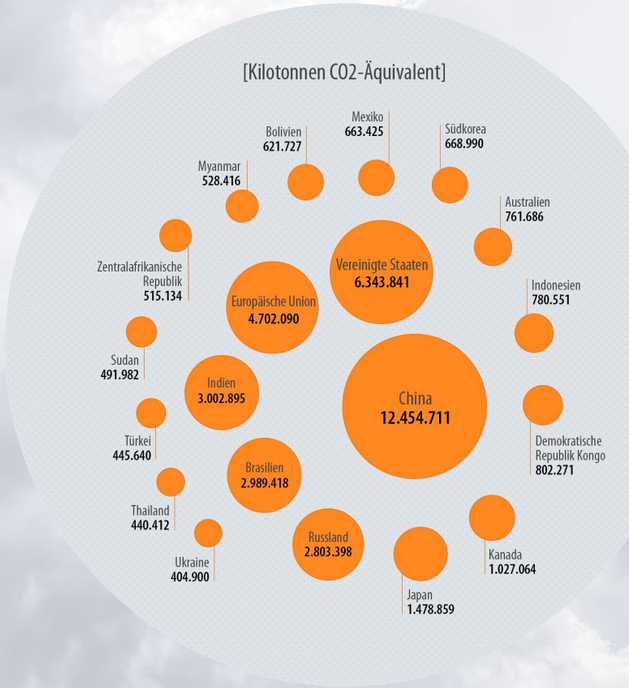
WAS SIND TREIBHAUSGASE?

Treibhausgase sind Gase in der Erdatmosphäre, die sich wie Glas im Gewächshaus verhalten: Sie absorbieren Sonnenenergie und von der Erdoberfläche abstrahlende Wärme, halten diese in der Atmosphäre und verhindern so das Entweichen ins Weltall.



Dieser Prozess ist der Hauptgrund für den Treibhauseffekt, der dazu führt, dass die Erdtemperatur höher ist, als sie sonst wäre, und so Leben auf der Erde ermöglicht.

Viele Treibhausgase sind natürlicher Bestandteil der Atmosphäre. Die menschlichen Aktivitäten fügen jedoch enorme Mengen hinzu und verstärken in der Folge den Treibhauseffekt, der zur globalen Erwärmung beiträgt.



Welche Länder zählen zu den Top-Emittenten weltweit?

Dem fünften Sachstandsbericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) zufolge sind mit höchster Wahrscheinlichkeit die menschlichen Aktivitäten der vergangenen 50 Jahre für den Temperaturanstieg verantwortlich. Gemeint sind hiermit etwa die Verbrennung von Kohle, Erdöl- und Erdgas, die Abholzung von Wäldern sowie die Landwirtschaft.

Die EU ist nach China und den Vereinigten Staaten der drittgrösste Treibhausgasemittent, gefolgt von Indien und Brasilien.

Treibhausgase können über einen Zeitraum von wenigen Jahren bis zu Jahrtausenden in der Atmosphäre verbleiben. Daher haben sie weltweite Auswirkungen, unabhängig vom Ausgangspunkt der Emission.

protect-it wünscht

SCHÖNE WEIHNACHTEN

UND EIN FROHES NEUES JAHR 2019!

VICTORINOX
COMPANION FOR LIFE
CYBERTOOL
34 functions, 91 mm, 157 g
Victorinox AG, Schmiedgasse 57, CH-6438 Ibach-Schwyz, Switzerland
T +41 41 818 12 11, F +41 41 818 15 11, info@victorinox.ch
SWISS ARMY KNIVES CUTLERY TIMEPIECES TRAVEL GEAR FASHION FRAGRANCES I WWW.VICTORINOX.COM